

Breithaupt

**Sammlung
von Entscheidungen
aus dem Sozialrecht**

12/2018
107. Jahrgang
DEZEMBER 2018

Begründet 1912 von Geh. Regierungsrat
Hermann Breithaupt, weiland ständiges
Mitglied des Reichsversicherungsamtes

Schriftleitung: Hans Peter Spiegl, Vorsitzender Richter am Bayerischen
Landessozialgericht; Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG,
Stuttgart · München · Hannover · Berlin · Weimar · Dresden

JAHRESINHALTSVERZEICHNIS

Registerheft 12/2018

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegt die Bestellkarte für Einbanddecken bei.

Bitte beachten: Beim Binden des Jahrgangs werden diese ersten acht Seiten (A bis H) mit dem Umschlag zusammen entfernt. Der gebundene Jahrgang 2018 beginnt mit dem nachfolgenden Titelblatt S. I, II (Heft 12/2018); nach dem Jahresinhaltsverzeichnis S. III ff. (Heft 12/2018) folgen die Hefte 1/2018 bis 11/2018. Jeweils die Seiten I bis VIII der Hefte 1/2018 bis 11/2018 werden vorher entfernt.

Breithaupt

**Sammlung
von Entscheidungen
aus dem Sozialrecht**

Begründet 1912 von
Geh. Regierungsrat Hermann Breithaupt,
weiland ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamtes

Schriftleitung: Hans Peter Spiegl
Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht

107. Jahrgang

2018

 **BOORBERG**

Inhaltsübersicht

Entscheidungen (Leitsätze)	III–XLI
Entscheidungen (nach Gericht und Verkündungsdatum)	XLII–XLVI
Sachregister (alphabetisch nach Stichworten und Deskriptoren)	XLVI–LII
Abkürzungen	LI–LVI
Entscheidungen (Hefte 1–11)	1–968

Breithaupt Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht (Breith.)

Schriftleitung: Hans Peter Spiegl, Vorsitzender Richter am BayLSG, München
 Die Zeitschrift erscheint am 25. jeden Monats; Bezugspreis EUR 207,60 jährlich einschließlich Versandspesen, Einzelheft EUR 21,50 zuzüglich Versandspesen. Die Berechnung des Abonnements erfolgt jährlich im Voraus. Eine Abbestellung wird, wenn sie spätestens 6 Wochen vor Jahresschluss dem Verlag vorliegt, zum Ende des Jahrgangs wirksam.

Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Auswertung für Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck bleiben vorbehalten. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag alle ausschließlichen Verlagsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online oder offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version erwirbt der Verlag ohne zeitliche Begrenzung.

Satz: Fotosatz Mann, Beyharting; Druck und Verarbeitung: Liskow Druck und Verlagsgesellschaft mbH, Oldenburger Allee 23, 30659 Hannover. Anschrift für Bestellungen sowie für alle Zuschriften an Schriftleitung und Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Levelingstraße 6a, 81673 München; Telefon (0 89) 43 60 00-20; Telefax (0 89) 4 36 15 64; Internet: www.boorberg.de; E-Mail: mail.de – Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1. 1. 2009 ist zurzeit gültig, verantwortlich für den Anzeigenteil: Roland Schulz, Richard Boorberg GmbH & Co KG, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart; Telefon (07 11) 73 85-0, Telefax (07 11) 7 38 51 00, E-Mail: anzeigen.de.

ISSN 0342-2003

Entscheidungen (Leitsätze)

(geordnet nach Rechtsvorschriften)

Sozialgesetzbuch I – Allgemeiner Teil –

§§ 11, 38, 44 SGB I; § 61 Satz 2 SGB X; §§ 241, 256, 288 Abs. 1, 677, 683 BGB

Die Verzinsung des Anspruchs eines Krankenhauses gegen den Unfallversicherungsträger auf Bezahlung von Behandlungskosten eines Versicherten aus öffentlich-rechtlicher Geschäftsführung ohne Auftrag bestimmt sich nach den Vorschriften des BGB.

BSG, Urt. v. 27. 6. 2017 – B 2 U 13/15 R –

Breith. 2018, 469

§ 30 Abs. 1 und 2 SGB I; § 137 Abs. 1 SGB III; Art. 3 Abs. 1 GG

1. Der (auch grenznahe) Auslandswohnsitz steht einem Anspruch auf Arbeitslosengeld entgegen, wenn während der beitragspflichtigen Beschäftigung in Deutschland der Wohnsitz ins Ausland verlegt wurde und ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung aus dem koordinierenden europäischen Sozialrecht im anderen EU-Mitgliedstaat besteht.

2. Dieser im anderen EU-Mitgliedstaat bestehende Leistungsanspruch schließt eine teleologische Reduktion des § 30 SGB I über den Geltungsbereich des Sozialgesetzbuchs mit dem Verzicht auf einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland aus.

BSG, Urt. v. 12. 12. 2017 – B 11 AL 21/16 R –

Breith. 2018, 675

§ 40 Abs. 1 Satz 1 SGB I; § 7 Abs. 4 Satz 1 SGB II; § 45 Abs. 1 SGB X

Die Prüfung, ob der Bezug einer ausländischen Rente zum Ausschluss von Leistungen nach dem SGB II führt, erfordert konkrete Feststellungen zur bezogenen Rente und zu deren Einordnung in das ausländische Rentensystem, die eine rechtsvergleichende Qualifizierung tragen.

BSG, Urt. v. 7. 12. 2017 – B 14 AS 7/17 R –

Breith. 2018, 788

§ 44 Abs. 1 und 2 SGB I s. §§ 56, 96 Abs. 1 Satz 1 SGB VII

Breith. 2018, 379

§ 45 SGB I; §§ 73a, 94 Satz 2 SGG

Zur Wahrung der Rechtsschutzgleichheit ist die spezielle Klagefrist für Altfälle nach dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren auch dann gewahrt, wenn der Kläger vor Fristablauf nur einen vollständigen Prozesskosten-Antrag stellt, aber unverzüglich nach Bekanntgabe der abschließenden Prozesskostenhilfe-Entscheidung Entschädigungsklage erhebt.

BSG, Urt. v. 7. 9. 2017 – B 10 ÜG 1/17 R –

Breith. 2018, 335

§ 56 Abs. 3 Nr. 2 SGB I; § 26 Abs. 2 Halbs. 1 SGB IV; §§ 44a Abs. 3, 55 Abs. 3 und 3a SGB XI; Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG

Der pflegeversicherungsrechtliche Begriff der Stiefeltern erfasst nicht Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft, sondern setzt die Eheschließung mit einem Elternteil leiblicher oder angenommener Kinder voraus.

BSG, Urt. v. 5. 12. 2017 – B 12 P 1/16 R –

Breith. 2018, 521

§§ 58, 59 SGB I s. §§ 13 Abs. 3, 15 Abs. 1, 36 Abs. 1 Satz 3, 38a, 89 SGB XI

Breith. 2018, 41

Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –

§ 5 Abs. 1 Satz 2 SGB II s. §§ 44, 46, 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V

Breith. 2018, 889

§§ 7 Abs. 1 und 3 Satz 1, 9 Abs. 1 und 2 Satz 1, 12 Abs. 1 bis 3 SGB II

1. Bei der Ermittlung der Hilfsbedürftigkeit für den Bezug von Arbeitslosengeld II bleibt ein angemessenes (i.H.v. 7500 Euro) Kraftfahrzeug für jede in der Bedarfsgemeinschaft lebende Person als Vermögenswert unberücksichtigt.

2. Ein darüberhinausgehender Wert wird als verwertbares Vermögen angesehen.

3. Gehört das Kfz zwei erwerbsfähigen Personen verdoppelt sich der Freibetrag nicht.

LSG Niedersachsen-Bremen, Beschl. v. 23. 5. 2017 – L 11 AS 35/17 –

Breith. 2018, 230

§§ 7 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. a, 20 Abs. 2 und 4 SGB II; § 3 Abs. 2 Satz 1 AsylbLG

Lebt ein nach dem SGB II Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaft mit einer nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) leistungsberechtigten Person, steht ihm jedenfalls im Jahr 2014 der Regelbedarf für Personen in Bedarfsgemeinschaft zu.

BSG, Urt. v. 12. 10. 2017 – B 4 AS 37/16 R –

Breith. 2018, 959

§ 7 Abs. 4 Satz 1 SGB II s. § 40 Abs. 1 Satz 1 SGB I

Breith. 2018, 788

§ 21 Abs. 6, 24, 28 Abs. 3 SGB II; § 73 SGB XII

1. Die Kosten für die Beschaffung eines Taschenrechners sind von der Schulbedarfs- pauschale des § 28 Abs. 3 SGB II erfasst und können deshalb nicht als besonderer, unabweisbarer Bedarf i.S.d. § 21 Abs. 6 SGB II beansprucht werden. Die Höhe der Schulbedarfs- pauschale (insgesamt 100 Euro pro Jahr) ist gegenwärtig rechtlich nicht zu beanstanden.

2. Anschaffungskosten für Schulbücher sind nicht von der Schulbedarfs- pauschale des § 28 Abs. 3 SGB II erfasst sondern bei der Ermittlung des Regelbedarfs berück- sichtigt worden (in der Position „Bücher und Broschüren“ der EVS 2008/2013, vgl. § 6 RBEG 2011 bzw. § 6 RBEG).

3. Sofern die Anschaffungskosten für Schulbücher (hier: notwendige Schulbücher im Wert von 135,65 Euro für die 11. Klasse eines Beruflichen Gymnasiums in Nie-

dersachen) nicht anderweitig übernommen werden (z.B. im Wege der Lernmittelfreiheit), deckt der Regelbedarf diese Kosten der Höhe nach evident nicht ab.

4. Kosten für Schulbücher, soweit sie nicht tatsächlich durch den Schulträger oder andere staatliche Stellen übernommen werden, sind ein durch Leistungen nach dem SGB II sicherzustellender Bedarf, weil der Bundesgesetzgeber mit dem SGB II das gesamte menschenwürdige Existenzminimum einschließlich der Kosten des Schulbesuchs sicherstellen muss (BVerfG, Urt. v. 9. 2. 2010 – 1 BvL 1/09 u.a. – RdNr. 181 f., 197; entgegen BSG, Urt. v. 10. 9. 2013 – B 4 AS 12/13 R – RdNr. 27).

5. Schulbuchkosten sind zwar ein besonderer, jedoch kein laufender Bedarf i.S.d. § 21 Abs. 6 SGB II (vgl. BSG, Urt. v. 19. 8. 2010 – B 14 AS 47/09 R – RdNr. 16).

6. Es handelt sich um eine planwidrige Regelungslücke, dass für durch Lernmittelfreiheit nicht abgedeckte Schulbuchkosten im Gesamtgefüge des SGB II keine auskömmlichen Leistungen vorgesehen sind. Diese planwidrige Regelungslücke ist durch eine analoge Anwendung des § 21 Abs. 6 SGB II zu schließen, soweit der Bedarf im Einzelfall unabweisbar ist.

LSG Niedersachsen, Urt. v. 11. 12. 2017 – L 11 AS 349/17 –

Breith. 2018, 591

§§ 21 Abs. 6, 28 Abs. 3 SGB II; § 73 SGB XII

1. Anschaffungskosten für Schulbücher sind nicht von der Schulbedarfspauschale des § 28 Abs. 3 SGB II erfasst, sondern bei der Ermittlung des Regelbedarfs berücksichtigt worden (in der Position „Bücher und Broschüren“ der EVS 2008/2013, vgl. § 6 RBEG 2011 bzw. § 6 RBEG).

2. Sofern die Anschaffungskosten für Schulbücher (hier: notwendige Schulbücher im Wert von 214,40 Euro für die 11. Klasse eines Gymnasiums in Niedersachsen) nicht anderweitig übernommen werden (z.B. im Wege der Lernmittelfreiheit), deckt der Regelbedarf diese Kosten der Höhe nach evident nicht ab.

3. Kosten für Schulbücher, soweit sie nicht tatsächlich durch den Schulträger oder andere staatliche Stellen übernommen werden, sind ein durch Leistungen nach dem SGB II sicherzustellender Bedarf, weil der Bundesgesetzgeber mit dem SGB II das gesamte menschenwürdige Existenzminimum einschließlich der Kosten des Schulbesuchs sicherstellen muss (BVerfG, Urt. v. 9. 2. 2010 – 1 BvL 1/09 u.a., RdNr. 181 f., 197; entgegen BSG, Urt. v. 10. 9. 2013 – B 4 AS 12/13 R, RdNr. 27).

4. Schulbuchkosten sind zwar ein besonderer, jedoch kein laufender Bedarf im Sinne des § 21 Abs. 6 SGB II (vgl. BSG, Urt. v. 19. 8. 2010 – B 14 AS 47/09 R, RdNr. 16).

5. Es handelt sich um eine planwidrige Regelungslücke, dass für durch Lernmittelfreiheit nicht abgedeckte Schulbuchkosten im Gesamtgefüge des SGB II keine auskömmlichen Leistungen vorgesehen sind. Diese planwidrige Regelungslücke ist durch eine analoge Anwendung des § 21 Abs. 6 SGB II zu schließen, soweit der Bedarf im Einzelfall unabweisbar ist.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urt. v. 11. 12. 2017 –
L 11 AS 1503/15 –

Breith. 2018, 771

§§ 22 SGB II

1. Die mit der Verfassungsbeschwerde erhobenen Rügen einer Verfassungswidrigkeit des § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II greifen nicht durch. Die Regelung genügt der

Pflicht des Gesetzgebers, einen konkreten gesetzlichen Anspruch zur Erfüllung des Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum zu schaffen.

2. Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG gewährleistet das gesamte menschenwürdige Existenzminimum, zu dessen Sicherung auch die Bedarfe für Unterkunft und Heizung zu decken sind. Das Grundgesetz gibt keinen exakt bezifferten Anspruch auf Sozialleistungen vor. Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums muss aber durch ein Gesetz gesichert sein, das einen konkreten Leistungsanspruch enthält.

3. Es ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass der Gesetzgeber keinen Anspruch auf unbegrenzte Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung normiert hat. Zwar betrifft diese Bedarfsposition die grundlegende Lebenssituation eines Menschen. Doch ergibt sich daraus nicht, dass auch jedwede Unterkunft im Falle einer Bedürftigkeit staatlich zu finanzieren und Mietkosten unbegrenzt zu erstatten wären.

4. Der Gesetzgeber durfte den unbestimmten Rechtsbegriff der Angemessenheit verwenden, um die Kostenübernahme für Unterkunft und Heizung zu begrenzen. Was hier als „angemessen“ zu verstehen ist, lässt sich durch Auslegung und insbesondere unter Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte und der weiteren Regelungen des Sozialgesetzbuches ausreichend bestimmen. Danach ist der konkrete Bedarf der Leistungsberechtigten einzelfallbezogen zu ermitteln. Dabei gehen die Fachgerichte davon aus, dass anhand der im unteren Preissegment für vergleichbare Wohnungen am Wohnort der Leistungsberechtigten marktüblichen Wohnungsmieten ermittelt werden kann, welche Kosten konkret angemessen sind und übernommen werden müssen.

BVerfG, Beschl. v. 10. 10. 2017 – 1 BvR 617/14 –

Breith. 2018, 412

§§ 22 Abs. 1 Satz 1, 22c Abs. 2 SGB II; §§ 558d Abs. 3, 559c Abs. 3 BGB

1. Schlüssige Konzepte für angemessene Unterkunftskosten im SGB II sind regelmäßig nach Ablauf einer Zweijahresfrist nach Datenerhebung, Datenauswertung und deren Inkraftsetzen zu überprüfen und gegebenenfalls fortzuschreiben.

2. Fehlt es trotz Aufforderung durch das Gericht an einer Überprüfung und Fortschreibung durch den SGB II-Träger im Rahmen seiner Methodenfreiheit, erfolgt dies anhand des Jahresverbraucherpreisindex.

BSG, Urt. v. 12. 12. 2017 – B 4 AS 33/16 R –

Breith. 2018, 952

§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II; § 86 Abs. 2 Satz 2 SGG; Art. 19 Abs. 4 GG

1. Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit haben in einstweiligen Rechtsschutzverfahren anhand der Umstände des Einzelfalls zu prüfen, ob tatsächlich die notwendige Eilbedürftigkeit für eine vorläufige Leistungsgewährung vorliegt.

2. Sie können die Eilbedürftigkeit von vorläufigen Leistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung deshalb nicht nur pauschal darauf beziehen, ob schon eine Räumungsklage erhoben worden ist.

BVerfG, Beschl. v. 1. 8. 2017 – 1 BvR 1910/12 –

Breith. 2018, 157

§§ 25 Satz 1, 40 Abs. 2 Nr. 5 SGB II; § 335 Abs. 2 und 5 SGB III

Der zur Leistung von Übergangsgeld verpflichtete Rentenversicherungsträger hat dem Jobcenter während einer medizinischen Rehabilitationsmaßnahme als Vor-

schuss auf das Übergangsgeld erbrachtes aufstockendes Arbeitslosengeld II zu erstatten.

BSG, Urt. v. 12. 4. 2017 – B 13 R 14/16 R –

Breith. 2018, 30

§§ 31 Abs. 3 Satz 6, 40 Abs. 3 und 6 SGB II; § 50 Abs. 1 Satz 2 SGB X

Die Aushändigung von Lebensmittelgutscheinen als Sachleistung im Fall einer Sanktion stellt den Erlass eigenständiger Verwaltungsakte dar, sodass bei Rücknahme der Sanktion eine Anrechnung des Wertes der Gutscheine auf den Auszahlungsanspruch nicht in Betracht kommt, solange diese Verwaltungsakte wirksam sind.

BSG, Urt. v. 12. 10. 2017 – B 4 AS 34/16 R –

Breith. 2018, 510

§§ 34b SGB II s. §§ 10 Abs. 1 Nr. 1 und 2, 20 Abs. 1 Nr. 1, 21 Abs. 1 SGB VI

Breith. 2018, 386

Sozialgesetzbuch III – Arbeitsförderung –

§§ 35 Abs. 1 und 2, 37 Abs. 1 SGB III; Art. 12 Abs. 1 GG

Arbeitsuchenden mit Berufsabschluss darf durch ein Vorauswahlverfahren nicht der Zugang zur Vermittlung in ihrem Berufsfeld vollständig verwehrt werden.

BSG, Urt. v. 12. 10. 2017 – B 11 AL 24/16 R –

Breith. 2018, 688

§§ 37 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, 44 Abs. 1, 138 Abs. 4 Satz 2 Nr. 1, 159 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SGB III; §§ 53 Abs. 1 Satz 2, 55 Abs. 1 Satz 2, 58 Abs. 2 Nr. 4 SGB X

1. Die Wirksamkeit einer Eingliederungsvereinbarung nach dem SGB III ist nach dem Recht der öffentlich-rechtlichen Verträge zu beurteilen.

2. Enthält eine solche Eingliederungsvereinbarung keine Zusage einer angemessenen Gegenleistung seitens der Arbeitsagentur für individuell bestimmte Eigenbemühungen des Arbeitslosen zu Bewerbungsaktivitäten und deren Nachweis, fehlt es regelmäßig an einer Grundlage für eine Sperrzeitentscheidung.

BSG, Urt. v. 4. 4. 2017 – B 11 AL 5/16 R –

Breith. 2018, 233

§§ 37 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, 144 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SGB III; Art. 2 Abs. 1 GG

Eine Sperrzeit wegen unzureichenden Eigenbemühungen tritt auch ein, wenn der Leistungsberechtigte die durch Eingliederungsvereinbarung wirksam konkretisierten Eigenbemühungen im Einzelfall vornimmt, aber nicht fristgerecht nachweist.

BSG, Urt. v. 4. 4. 2017 – B 11 AL 19/16 R –

Breith. 2018, 63

§§ 93 Abs. 1, 138 Abs. 3 SGB III; § 84 Abs. 1 HGB

Ein Anspruch auf Gründungszuschuss setzt voraus, dass die Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit oder von Vorbereitungsmaßnahmen hierfür im Umfang von mindestens 15 Stunden pro Woche beendet wird.

BSG, Urt. v. 9. 6. 2017 – B 11 AL 13/16 R –

Breith. 2018, 144

§ 93 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB III

Die Tatbestandsvoraussetzung des Nachweises der Tragfähigkeit der Existenzgründung für die Bewilligung eines Gründungszuschusses nach § 93 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB III ist dann nicht mehr erfüllt, wenn das Gründungsvorhaben für einen Dienstleistungsbetrieb erst ein Jahr nach der ursprünglich geplanten Gründung und in einem anderen Ort als im ursprünglichen Businessplan ausgewiesen, aufgenommen wird.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 15. 8. 2017 – L 13 AL 1423/16 – *Breith. 2018, 606*

§ 137 Abs. 1 SGB III s. § 30 Abs. 1 und 2 SGB I

Breith. 2018, 675

§ 151 Abs. 1 und 2 Nr. 1 SGB III

Verzichten Arbeitnehmer als Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze auf Arbeitsentgelt und wird für den Fall der Vergeblichkeit des Verzichts eine Nachzahlung dieses Entgelts vereinbart und tatsächlich geleistet, ist das gesamte im Bemessungszeitraum abgerechnete Entgelt als Bemessungsentgelt bei der Festsetzung des Arbeitslosengeldes zu berücksichtigen.

BSG, Urt. v. 24. 8. 2017 – B 11 AL 16/16 R –

Breith. 2018, 328

§ 159 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB III

Zur Prüfung eines wichtigen Grundes für den Abschluss einer Altersteilzeitvereinbarung i.S. der Sperrzeitregelung im SGB III sind ausreichende tatsächliche Feststellungen zu den objektiven Begleitumständen zur Feststellung der subjektiven Absicht einer Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersrente erforderlich.

BSG, Urt. v. 12. 10. 2017 – B 11 AL 17/16 R –

Breith. 2018, 682

§ 159 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB III; § 236b SGB VI

Ein wichtiger Grund für die Lösung des Beschäftigungsverhältnisses durch den Abschluss einer Altersteilzeitvereinbarung, der einer Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe entgegensteht, entfällt nicht dadurch, dass entgegen der ursprünglichen, anhand objektiver Anhaltspunkte prognostisch belegten Absicht unmittelbar nach der Altersteilzeit keine Altersrente, sondern zunächst Arbeitslosengeld in Anspruch genommen wird.

BSG, Urt. v. 12. 9. 2017 – B 11 AL 25/16 R –

Breith. 2018, 417

§ 159 Abs. 1 Satz 1 Altern. 1 SGB III

1. Ob ein wichtiger Grund i.S.v. § 159 Abs. 1 Satz 1 Altern. 1 SGB III bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Aufhebungsvertrag vorliegt, beurteilt sich nach objektiven Kriterien.

2. Kommt es dabei auf die arbeitsrechtliche Situation (insbesondere die Möglichkeit einer Kündigung durch den Arbeitgeber zum gleichen Beendigungszeitpunkt wie im Aufhebungsvertrag) an, so ist auf die Prognose eines objektiven Betrachters zum Zeitpunkt des Abschlusses des Aufhebungsvertrages abzustellen.

LSG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 21. 8. 2017 – L 20 AL 147/16 – *Breith. 2018, 56*

§ 165 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III; § 35 Abs. 2 Satz 1 InsO

Ein Versicherter hat keinen erneuten Insolvenzgeld-Anspruch nach Erklärung der Freigabe der selbstständigen Tätigkeit durch den Insolvenzverwalter im Rahmen eines ersten Insolvenzverfahrens bei fortbestehender Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers im Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das freigegebene Sondervermögen.

BSG, Urt. v. 9. 6. 2017 – B 11 AL 14/16 R –

Breith. 2018, 137

§ 328 SGB III

Bei der Anrechnung von Nebeneinkommen nach § 141 SGB III a.F. (= § 155 SGB III n.F.) ist, wenn das Einkommen aus selbständiger Tätigkeit erzielt wird, pauschal auf das auf den jeweiligen Leistungsmonat zu einem Zwölftel umgelegte steuerliche Jahresergebnis abzustellen (so auch LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 21. 2. 2014 – L 3 AL 29/12, RdNr. 42).

LSG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 7. 5. 2018 – L 20 AL 211/15 –

Breith. 2018, 867

§ 335 Abs. 2 und 5 SGB III s. §§ 25 Satz 1, 40 Abs. 2 Nr. 5 SGB II

Breith. 2018, 30

§ 351 Abs. 2 Satz 2 SGB III; §§ 7 Abs. 1, 26 Abs. 2 und 2 Satz 2 SGB IV; § 211 Satz 1 Nr. 1 SGB VI; § 20 ff. SGB X; §§ 75 Abs. 2, 103 SGG; § 814 BGB

1. Der bereicherungsrechtliche Einwand der Kenntnis der Nichtschuld nach dem BGB findet auf den Anspruch auf Erstattung zu Unrecht entrichteter Beiträge keine Anwendung.

2. Die Einzugsstelle ist mangels gesetzlicher Grundlage nicht für die Erstattung von Beiträgen zur sozialen Pflegeversicherung zuständig.

BSG, Urt. v. 23. 5. 2017 – B 12 KR 9/16 R –

Breith. 2018, 257

**Sozialgesetzbuch IV
– Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung –****§§ 7, 7a SGB IV**

1. Gehen bei einem drittbezogenen Personaleinsatz die Pflichten desjenigen, der das Personal stellt („Verleiher“ bzw. „Vermittler“), deutlich über diejenigen Pflichten hinaus, die ein Verleiher im Fall einer gewerblichen Arbeitnehmerüberlassung hat, liegt keine Arbeitnehmerüberlassung vor.

2. In einem solchen Fall kann angenommen werden, dass der Einsatz des Dritten beim sog. Endkunden der Erfüllung eigener vertraglicher Verpflichtungen des „Verleihers“ oder „Vermittlers“ dient.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 25. 4. 2017 – L 11 R 1911/16 –

Breith. 2018, 306

§§ 7 Abs. 1, 7a Abs. 1 SGB IV; § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI; §§ 54 Abs. 1, 55 Abs. 1, 123, 160 Abs. 2 Nr. 3, 160a Abs. 5 SGG

Streitgegenstand einer nach einem Statusfeststellungsverfahren erhobenen Anfechtungs- und Feststellungsklage ist grundsätzlich allein die Sozialversicherungs-

pfligt aufgrund von Beschäftigung und nicht zugleich die Rentenversicherungspflicht als Selbstständiger.

BSG, Beschl. v. 23. 3. 2017 – B 5 RE 1/17 B –

Breith. 2018, 37

§§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 Nr. 2, 28p Abs. 1 SGB IV; § 7 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 1 SGB V;
§ 5 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI; § 20 Abs. 1 Satz 1 SGB XI

Bei der Prüfung zeitgeringfügiger Beschäftigung ist das im Monat erzielte Arbeitsentgelt dem Betrag der monatlichen und nicht dem auf Tage umgerechneten Betrag einer anteiligen Entgeltgrenze gegenüberzustellen.

BSG, Urt. v. 5. 12. 2017 – B 12 R 10/15 R –

Breith. 2018, 927

§§ 7 Abs. 1, 14 Abs. 1, 28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV; §§ 88 und 89 HwO

1. Aufgaben und Tätigkeiten, die Ausfluss der organschaftlichen Stellung einer ein Ehrenamt ausübenden Person und nicht für jedermann frei zugänglich sind, führen regelmäßig nicht zu einer persönlichen Abhängigkeit im Sinn eines versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses.

2. Eine ehrenamtliche Tätigkeit ist im Unterschied zu erwerbsorientierten Beschäftigungsverhältnissen dadurch geprägt, dass sie ideelle Zwecke verfolgt und ohne Erwerbsabsicht unentgeltlich ausgeübt wird.

3. Bei einem ehrenamtlichen Engagement wird typischerweise keine Gegenleistung erbracht und erwartet, sondern allenfalls eine Entschädigung gewährt, die Aufwände konkret oder pauschal abdeckt.

BSG, Urt. v. 16. 8. 2017 – B 12 KR 14/16 R –

Breith. 2018, 556

§§ 7 Abs. 1, 26 Abs. 2 und 2 Satz 2 SGB IV
s. § 351 Abs. 2 Satz 2 SGB III

Breith. 2018, 257

§ 7 Abs. 1 Satz 1 SGB IV

Zum Status einer examinieren Pflegekraft in der Altenpflege mit einem Stundenhonorar von 28 Euro und mehreren Auftraggebern.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 24. 5. 2018 – L 5 BA 16/18 –

Breith. 2018, 652

§ 7 Abs. 1 Satz 2 SGB IV

1. Nur im Gesellschaftsvertrag geregelte Minderheitenrechte haben sozialversicherungsrechtliche Bedeutung.

2. Vereinbarungen außerhalb des Gesellschaftsvertrages (hier: Stimmrechtsvereinbarungen), die nicht notariell beurkundet und nicht ins Handelsregister eingetragen sind, haben hingegen keine sozialversicherungsrechtliche Bedeutung.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 29. 6. 2017 – L 5 KR 20/15 –

Breith. 2018, 355

§ 7a Abs. 1 und 6 SGB IV; § 5 Abs. 5 SGB V

Für den Aufschub des Beginns der Versicherungspflicht bedarf es einer anderweitigen adäquaten Absicherung gegen das finanzielle Risiko von Krankheit nicht, wenn der Beschäftigte in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungsfrei ist.

BSG, Urt. v. 5. 12. 2017 – B 12 R 6/15 R –

Breith. 2018, 837

§ 8 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB IV; § 249b Satz 1 SGB V; § 172 Abs. 3 Satz 1 SGB VI
Auch eine auf nicht mehr als ein Jahr befristete Beschäftigung kann regelmäßig ausgeübt werden und damit geringfügig sein.

BSG, Urt. v. 5. 12. 2017 – B 12 KR 16/15 R –

Breith. 2018, 707

§ 15 Abs. 1 SGB IV; § 240 Abs. 1 Satz 2 SGB V; Art. 3 Abs. 1 GG

Aufgabegewinne im Sinne des Einkommensteuerrechts zählen zum beitragspflichtigen Arbeitseinkommen freiwillig Krankenversicherter.

BSG, Urt. v. 18. 1. 2018 – B 12 KR 22/16 R –

Breith. 2018, 700

§ 19 Satz 2 SGB IV s. §§ 56, 96 Abs. 1 Satz 1 SGB VII

Breith. 2018, 379

§ 26 Abs. 2 Halbs. 1 SGB IV s. § 56 Abs. 3 Nr. 2 SGB I

Breith. 2018, 521

§§ 28e Abs. 3a Satz 1, 116a SGB IV; § 150 Abs. 3 Satz 1 SGB VII

Für das Überschreiten des Grenzwertes für die Nachunternehmerhaftung kommt es auf den Gesamtwert der Bauleistung an, die das in Anspruch genommene Bauunternehmen bezogen auf die Erstellung des vom Bauherrn in Auftrag gegebenen Bauwerks an alle Nachunternehmer fremdvergeben hat.

BSG, Urt. v. 26. 10. 2017 – B 2 U 1/15 R –

Breith. 2018, 643

Sozialgesetzbuch V – Gesetzliche Krankenversicherung –

§§ 2 Abs. 1 Satz 3, 12 Abs. 1, 13 Abs. 3a, 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5, 39 SGB V; §§ 20, 31 Satz 1, 33 Abs. 1, 39 Abs. 1, 44, 45, 48 SGB X; §§ 54 Abs. 5, 55 Abs. 1 Nr. 1, 56, 77, 86, 96 Abs. 1, 163, 171, 198 Abs. 1, 199 Abs. 1 Nr. 1 SGG

Ficht ein Versicherter die Entscheidung seiner Krankenkasse an, eine Leistung trotz fingierter Genehmigung abzulehnen, und nimmt die Krankenkasse während des Revisionsverfahrens die fingierte Genehmigung zurück, gilt die Rücknahme als vor dem Sozialgericht angefochten.

BSG, Urt. v. 7. 11. 2017 – B 1 KR 2/17 R –

Breith. 2018, 620

§§ 2 Abs. 1 und Abs. 1a, 12 Abs. 1, 23 Abs. 3, 27 Abs. 1 Satz 1, 33 Abs. 1, 87 Abs. 3e, 91 Abs. 6, 92 Abs. 1 und 7d, 135 Abs. 1 Satz 1, 137h Abs. 1 und 2, 139 Abs. 1 SGB V; Art. 20 GG

1. Eine Behandlungsmethode ist im Vergleich zu einer herkömmlichen Therapie „neu“, wenn sie hinsichtlich des medizinischen Nutzens, möglicher Risiken und in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit wesentliche, bisher nicht vom Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) geprüfte Änderungen aufweist, die sich insbesondere aus einer bisher nicht erprobten Wirkungsweise oder aus einer Änderung des Anwendungsgebietes ergeben können (Bestätigung und Weiterentwicklung von BSG, Urt. v. 8. 7. 2015 – B 3 KR 6/14 R – BSGE 119, 180 = SozR 4-2500 § 139 Nr. 7).

2. Eine zeitnahe Bewertung innovativer Therapien durch den GBA wird erst dann erforderlich, wenn nach der vorhandenen Studienlage hinreichende Aussicht auf eine positive Bewertung besteht.

BSG, Urt. v. 11. 5. 2017 – B 3 KR 6/16 R –

Breith. 2018, 534

§§ 2 Abs. 1, Abs. 1a und Abs. 2 Satz 3, 13 Abs. 3 Satz 1, 22a,
27 Abs. 1 Satz 1 und 2, 28 Abs. 2 Satz 1, 73 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2,
75 Abs. 1 Satz 1 SGB V

1. Versicherte haben gegen ihre Krankenkasse keinen Anspruch auf zahnärztliche Zahnreinigung zur Entfernung weicher Zahnbeläge als nicht medizinische Vorgehensweise.

2. Die Zuordnung der Ansprüche Versicherter auf zahnärztliche Zahnreinigung zur Entfernung weicher Zahnbeläge zur Pflegeversicherung statt zur Krankenversicherung widerspricht weder UN-Konventions- noch Verfassungsrecht.

BSG, Urt. v. 11. 7. 2017 – B 1 KR 30/16 R –

Breith. 2018, 249

§ 2 Abs. 1a SGB V; Art. 2 Abs. 2 GG

Eine wertungsmäßig einer lebensbedrohlichen oder regelmäßig tödlichen Krankheit vergleichbare Erkrankung i.S.d. § 2 Abs. 1a SGB V liegt bei drohendem einseitigem Sehverlust nicht vor.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 1. 3. 2018 – L 5 KR 215/17 –

Breith. 2018, 617

§§ 2 Abs. 1a, Abs. 2 Satz 2, 13 Abs. 3 Satz 1, 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3,
33 Abs. 1 Satz 1, 135 Abs. 1 SGB V

Die topische (lokale) Sauerstoff-Therapie ist nicht identisch mit der Sauerstoff-Therapie in Druckluftkammern durch Einatmung von Sauerstoff. Für die ambulant durchgeführte topische Sauerstoff-Therapie besteht in der gesetzlichen Krankenversicherung grundsätzlich kein Leistungsanspruch.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 23. 3. 2017 – L 6 KR 24/16 –

Breith. 2018, 711

§ 5 Abs. 5 SGB V s. § 7a Abs. 1 und 6 SGB IV

Breith. 2018, 837

§ 7 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 1 SGB V s. §§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 Nr. 2,
28p Abs. 1 SGB IV

Breith. 2018, 927

§§ 12 Abs. 2, 13, 33 Abs. 1 Satz 1, 36 SGB V s. §§ 62,
160 Abs. 2 Nr. 3, 160a Abs. 1 und 5, 202 SGG

Breith. 2018, 424

§§ 13 Abs. 1 und 3a, 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5, 39 SGB V; §§ 20, 26 Abs. 1, 31 Satz 1,
33 Abs. 1, 39 Abs. 2 SGB X; §§ 54 Abs. 5, 77, 198 Abs. 1, 199 Abs. 1 Nr. 1 SGG

1. Ein Versicherter beantragt bei seiner Krankenkasse hinreichend bestimmt eine Leistung, die ohne zeitgerechte Entscheidung als genehmigt gilt, wenn das Behandlungsziel klar ist.

2. Gilt ein Leistungsantrag eines Versicherten an seine Krankenkasse als genehmigt, erwächst ihm hieraus ein Naturalleistungsanspruch entsprechend dem fingierten Leistungsbescheid.

3. Ein Versicherter kann für eine ihm durch Genehmigungsfiktion zuerkannte Naturalleistung mit der allgemeinen Leistungsklage einen Vollstreckungstitel erstreiten, um sein Recht auf die vertretbare Handlung zu vollstrecken.

BSG, Urt. v. 11. 7. 2017 – B 1 KR 26/16 R –

Breith. 2018, 445

§§ 13 Abs. 3 Satz 1, 27 Abs. 1, 37 Abs. 2 bis 6, 92 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 7, 132a Abs. 2 SGB V; §§ 13 Abs. 2, 36 ff. SGB XI

Das sogenannte Service-Wohnen eines Schwerstpflegebedürftigen in einer Seniorenresidenz bei freier Wählbarkeit von Pflege- und Unterstützungsleistungen kann allgemein ein geeigneter Ort zur häuslichen Krankenpflege sein.

BSG, Urt. v. 30. 11. 2017 – B 3 KR 11/16 R –

Breith. 2018, 892

§ 13 Abs. 3a Satz 6 SGB V; § 13 SGB X

1. Auch ein mündlicher Antrag kann, wenn er hinreichend bestimmt ist, die Folge einer Genehmigungsfiktion nach § 13 Abs. 3a Satz 6 SGB V nach sich ziehen. Dies gilt auch für einen Antrag durch einen Dritten für einen Versicherten.

2. Einer schriftlichen Vollmachterteilung bedarf es nicht, wenn die Krankenkasse eine solche nicht gemäß § 13 Abs. 1 Satz 3 SGB X verlangt.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 20. 7. 2017 – L 5 KR 339/16 –

Breith. 2018, 81

§§ 16, 46 SGB V; Art. 21 Abs. 1 VO (EG) Nr. 883/2004; Art. 27 Abs. 1 VO (EG) Nr. 987/2009

Eine in Deutschland getroffene Feststellung von Arbeitsunfähigkeit verliert grundsätzlich nicht dadurch ihre Wirkung, dass der Versicherte sich danach überwiegend im EU-Ausland aufhält.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 6. 7. 2017 – L 5 KR 135/16 –

Breith. 2018, 7

§§ 20d Abs. 1 Satz 1 und 3, 73 Abs. 2 und 3, 82 Abs. 1, 92, 106 Abs. 1 und 2 Satz 4, 132e Abs. 1 SGB V; § 48 BMV-Ä; §§ 2 Abs. 1 und 4 Abs. 4 AMG

Die Prüfungsgremien sind für die Überprüfung der Zulässigkeit einer vertragsärztlichen Verordnung von Impfstoffen als Arzneimittel zuständig.

BSG, Urt. v. 25. 1. 2017 – B 6 KA 7/16 R –

Breith. 2018, 264

§§ 27 Abs. 1 Sätze 1 und 2 Nr. 1, 34 Sätze 7 und 8 SGB V; Art. 2 Abs. 2 Satz 1, Art. 3 Abs. 1 GG

1. Eine Verhaltenstherapie zur Raucherentwöhnung ist keine von der gesetzlichen Krankenversicherung zu erbringende Leistung.

2. Der Nikotinentwöhnung dienende Medikamente (hier: Nikotinell) sind von ärztlicher Verordnung auch im Rahmen eines ärztlichen Behandlungskonzepts ausgeschlossen.

3. Der Ausschluss dieser Leistungen verstößt nicht gegen das Grundgesetz.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 7. 9. 2017 – L 5 KR 62/15 –

Breith. 2018, 1

§§ 31, 44 Abs. 1 Satz 1 SGB V

1. Ein Verwaltungsakt, mit dem die Pflicht eines Unternehmens zur Zahlung der Künstlersozialabgabe dem Grunde nach festgestellt wird (Erfassungsbescheid), ist nicht bereits deshalb rechtswidrig, weil sich die Abgabepflicht aus einem anderen als dem im Bescheid angegebenen Tatbestand der die Abgabepflicht regelnden Vorschrift des Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG) ergibt, wenn dem der im

Wesentlichen gleiche Sachverhalt zugrunde liegt (Fortführung von BSG, Urt. v. 31. 8. 2000 – B 3 KR 27/99 R – SozR 3-5425 § 24 Nr. 19).

2. Auch hauptberuflich tätige Ärzte können in der von ihnen als Mitglied einer Ärztekammer regelmäßig ehrenamtlich ausgeübten redaktionellen Tätigkeit im Zusammenhang mit der Herausgabe des Ärzteblattes selbstständige Publizisten im Sinn des KSVG sein.

3. Bei einer auf Dauer angelegten Tätigkeit gegen eine die Grenze der Einkommensteuerfreiheit übersteigende Aufwandsentschädigung handelt es sich – auch wenn die Tätigkeit auf einem Ehrenamt beruht – um eine nicht nur gelegentliche Auftragserteilung.

BSG, Urt. v. 28. 9. 2017 – B 3 KS 3/15 R –

Breith. 2018, 800

§ 31 Abs. 6 SGB V; § 86b Abs. 2 SGG

Ein Anspruch auf Genehmigung der Versorgung mit cannabishaltigen Arzneimitteln setzt nicht zwingend voraus, dass bereits eine vertragsärztliche Verordnung ausgestellt wurde (entgegen LSG Baden-Württemberg, Beschl. v. 19. 9. 2017 – L 11 KR 3414/17 ER-B).

LSG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 26. 2. 2018 –
L 5 KR 16/18 B ER –

Breith. 2018, 433

§§ 39 Abs. 1 Satz 2, 109 Abs. 4 Satz 3, 112 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, 275 Abs. 1c,
301 Abs. 2 SGB V; §§ 7, 9 Abs. 1 Satz 1, 11 KHEntgG;
§ 17b Abs. 1 Satz 1 und 10 KHG

1. Das Überprüfungsrecht der Krankenkassen auf sachlich-rechnerische Richtigkeit dient dazu, die Einhaltung der Abrechnungs- und Informationspflichten der Krankenhäuser zu überwachen, und unterliegt einem eigenen Prüfregime.

2. Das Wirtschaftlichkeitsgebot verbietet es, Überprüfungsmöglichkeiten der Krankenkassen gegenüber Vergütungsansprüchen der Krankenhäuser über die allgemeinen gesetzlichen Rahmenvorgaben hinaus zeitlich einzuschränken.

3. Rechnet ein Krankenhaus zwei Krankenhausaufenthalte getrennt ab, obwohl sie zu einem Fall zusammenzuführen sind, ist der Vergütungsanspruch mangels sachlich-rechnerischer Richtigkeit nicht fällig.

BSG, Urt. v. 28. 3. 2017 – B 1 KR 3/16 R –

Breith. 2018, 85

§§ 44, 46, 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V; § 5 Abs. 1 Satz 2 SGB II; § 2 Abs. 1 SGB XII;
§ 86b Abs. 2 Satz 4 SGG

Zur vorläufigen Zahlung von Krankengeld im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 31. 5. 2018 –
L 5 KR 93/18 B ER –

Breith. 2018, 889

§§ 72 Abs. 2, 82 Abs. 1 Satz 1 SGB V; Anl. 9.1 §§ 4 Abs. 1 und 3, 6 Abs. 3 BMV-Ä

1. Die bundesmantelvertragliche Vorschrift über die Verlängerung einer zunächst für zehn Jahre bedarfsunabhängig erteilten Genehmigung einer Nebenbetriebsstätte für Dialyseleistungen um weitere zehn Jahre hat drittbeschützende Wirkung

zu Gunsten einer Hauptpraxis, in deren Versorgungsregion die Nebenbetriebsstätte liegt.

2. Die bundesmantelvertraglichen Vorschriften über die Beteiligung der Krankenkassen an Entscheidungen der Kassenärztlichen Vereinigungen über die Genehmigung von Versorgungsaufträgen und Nebenbetriebsstätten für Dialyseleistungen dienen allein öffentlichen Interessen und nicht den Belangen konkurrierender Dialysepraxen (Klarstellung zu BSG, Urt. v. 11. 2. 2015 – B 6 KA 7/14 R – SozR 4-5540 Anl. 9.1 Nr. 5 RdNr. 41, 43).

BSG, Urt. v. 15. 3. 2017 – B 6 KA 22/16 R –

Breith. 2018, 360

§ 75 Abs. 1a SGB V; § 10 Abs. 2 SGG

1. Ein Rechtsstreit, in dem es um die Verpflichtung der Kassenärztlichen Vereinigung zur Vermittlung eines Termins bei einem Therapeuten geht, ist keine Vertragsarztsache i.S.d. § 10 Abs. 2 SGG.

2. Die Vermittlung eines Behandlungstermins ist regelmäßig Aufgabe der für den Wohnsitz des Klägers zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung.

LSG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 10. 8. 2017 –
L 5 KR 171/17 B ER –

Breith. 2018, 341

§§ 82 Abs. 1, 87 Abs. 1 und 2, 98 Abs. 2 Nr. 11, 135 Abs. 2 SGB V;
§ 32 Abs. 1 SGB X; § 31 Abs. 1 und 2 Ärzte-ZV

1. Ärztlich geleitete Einrichtungen können auch für Leistungen ermächtigt werden, die nur bei Nachweis spezieller Fachkunde des Arztes erbracht und abgerechnet werden können, sofern durch eine entsprechende Inhaltsbestimmung im Ermächtigungsbescheid sichergestellt wird, dass die Leistungen nur von hierzu aufgrund ihrer Qualifikation berechtigten Ärzten erbracht werden (Fortentwicklung der bisherigen Rspr., u.a. BSG, Urt. v. 2. 10. 1996 – 6 RKa 73/95 = BSGE 79, 159 = SozR 3-5520 § 31 Nr. 5).

2. Bei den bedarfsunabhängigen Ermächtigungen auf der Grundlage bundesmantelvertraglicher Bestimmungen, auf deren Erteilung ein Rechtsanspruch besteht, findet der Grundsatz des Vorrangs der persönlichen Ermächtigung von Ärzten gegenüber ärztlich geleiteten Einrichtungen keine Anwendung.

BSG, Urt. v. 25. 1. 2017 – B 6 KA 11/16 R –

Breith. 2018, 91

§§ 82 Abs. 1, 87 Abs. 1 und 2, 98 Abs. 2 Nr. 11 SGB V;
§ 31 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Ärzte-ZV; § 5 Abs. 1 BMV-Ä; Art. 3 Abs. 1 GG

Die Beschränkung der Zusatzpauschalen für Beobachtung und Betreuung von Patienten u.a. mit onkologischen Erkrankungen im einheitlichen Bewertungsmaßstab für die ärztlichen Leistungen auf Behandlungen in einer Arztpraxis oder einer praxisklinischen Einrichtung und damit der Ausschluss der Berechnungsfähigkeit dieser Leistungen in ermächtigten Klinikambulanzen ist mit dem Gleichbehandlungsgebot nicht vereinbar.

BSG, Urt. v. 25. 1. 2017 – B 6 KA 2/16 R –

Breith. 2018, 179

§§ 82 Abs. 1, 136a Abs. 4 Satz 3 und 4, 136b Abs. 2 Satz 3, 137 Abs. 4 Satz 3 und 4 SGB V; § 78 Abs. 1 Satz 2 SGG

Die Festsetzung eines Schadensregresses gegen einen Zahnarzt, der bei mangelhafter zahnprothetischer Versorgung zur Nachbesserung bereit ist, setzt voraus, dass dem Versicherten die Fortsetzung der Behandlung bei diesem Zahnarzt nicht zumutbar gewesen ist; bezogen auf Behandlungszeiträume seit Einführung der Gewährleistung für Zahnersatz zum 1. 1. 1989 gilt das auch in Fällen, in denen eine Neuanfertigung des Zahnersatzes erforderlich ist.

BSG, Urt. v. 10. 5. 2017 – B 6 KA 15/16 R –

Breith. 2018, 454

§§ 85 Abs. 3a Satz 6, Abs. 4a Satz 3, 87a Abs. 3 Satz 1 und 5, 87b Abs. 2 Satz 1, 2, 6 und 7, 115b Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 4, Abs. 4 und 5 SGB V

Vertragsärzte haben keinen gesetzlichen Anspruch darauf, dass von ihnen erbrachte Leistungen des ambulanten Operierens generell unbudgetiert außerhalb des Regelleistungsvolumens vergütet werden.

BSG, Urt. v. 29. 11. 2017 – B 6 KA 41/16 R –

Breith. 2018, 525

§§ 92 Abs. 1 Satz 2, 124 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, 125 Abs. 1 Satz 1 und 4 Nr. 2, 138 SGB V; Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 GG

Das auf ausgebildete Physiotherapeuten beschränkte Weiterbildungserfordernis für Leistungen der manuellen Therapie, das Masseur/medizinische Bademeister von der Erbringung dieser Leistungen zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung grundsätzlich ausschließt, enthält für diese Berufsgruppe eine gerechtfertigte und zumutbare Einschränkung ihrer Berufsausübungsfreiheit (Fortentwicklung von BSG, Urt. v. 22. 7. 2004 – B 3 KR 12/04 R – SozR 4-2500 § 125 Nr. 2 und Nr. 6).

BSG, Urt. v. 16. 3. 2017 – B 3 KR 24/15 R –

Breith. 2018, 165

§§ 95 Abs. 1a und Abs. 2 Satz 5 und 7, 98 Abs. 2, 103 Abs. 4a Satz 1 SGB V; § 24 Abs. 7 Ärzte-ZV; § 75 Abs. 2 SGG

1. Ärzte, um deren Anstellung im Verfahren zwischen der Betreibergesellschaft eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) und dem Berufungsausschuss gestritten wird, sind zum Verfahren nicht notwendig beizuladen.

2. Ein MVZ kann nicht durch die Verlegung von Stellen angestellter Ärzte aus einem anderen MVZ derselben Betreibergesellschaft an einem neuen Standort gegründet werden.

BSG, Urt. v. 11. 10. 2017 – B 6 KA 38/16 R –

Breith. 2018, 629

§§ 95 Abs. 2, 7, 9, 9b, 103 Abs. 3a, 4, 4a SGB V; § 75 Abs. 2 Satz 1 SGG

1. Zum Streitverfahren zwischen dem Insolvenzverwalter einer ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) betreibenden Gesellschaft und dem Berufungsausschuss über die Beantragung der Umwandlung von Arztanstellungen in Zulassungen sind die ehemals beim MVZ tätigen angestellten Ärzte nicht notwendig beizuladen.

2. Der Insolvenzverwalter einer MVZ-Betreibergesellschaft kann nach der Auflösung des MVZ und der vollständigen Einstellung der vertragsärztlichen Tätigkeit

die Umwandlung der früheren Arztanstellungen in Zulassungen zum Zwecke der Verwertung zu Gunsten der Insolvenzmasse nicht mehr beantragen.

3. Die einem MVZ zugeordnete Arztanstellung fällt wie eine vertragsärztliche Zulassung nicht in die Insolvenzmasse.

4. Ein Vertragsarzt, der auf seine Zulassung in einem übertorsorgten Planungsbe-
reich verzichtet, um in einem MVZ als angestellter Arzt tätig zu sein, muss eine
von ihm gewünschte Verpflichtung des MVZ zur Beantragung der Umwandlung
der Arztanstellung in eine Zulassung zu seinen Gunsten für den Fall des Ausschei-
dens des MVZ aus der vertragsärztlichen Versorgung bei seinem Eintritt in das
MVZ mit dessen Rechtsträger vertraglich vereinbaren (Klarstellung zu BSG, Urt.
v. 21. 3. 2012 – B 6 KA 22/11 R= BSGE 110, 269 = SozR 4-2500 § 95 Nr. 24 u. BSG,
Urt. v. 13. 5. 2015 – B 6 KA 25/14 R= BSGE 119, 79 = SozR 4-5520 § 19 Nr. 3).

BSG, Urt. v. 11. 10. 2017 – B 6 KA 27/16 R –

Breith. 2018, 903

§§ 226 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V;
§ 1 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 BetrAVG; Art. 2 Abs. 1 GG

Leistungen aus einer Direktzusage, die ein Arbeitgeber an Arbeitnehmer nach Aus-
scheiden aus dem Arbeitsverhältnis anfänglich mit Überbrückungsfunktion unbe-
fristet auch über den Renteneintritt hinaus zahlt, sind ab dem Zeitpunkt des Ren-
teneintritts, spätestens ab Erreichen der Regelaltersgrenze als in der gesetzlichen
Krankenversicherung beitragspflichtige Versorgungsbezüge anzusehen.

BSG, Urt. v. 20. 7. 2017 – B 12 KR 12/15 R –

Breith. 2018, 11

§ 240 Abs. 1 und 2 SGB V; § 48 SGB X; Art. 3 Abs. 1 GG

1. Der Grundsatz hinreichender Voraussehbarkeit der Beitragsbelastung verlangt
nicht, dass in der maßgeblichen Rechtsgrundlage (hier: Beitragsverfahrensgrund-
sätze Selbstzahler) alle Arten von Einnahmen (hier: Sofortrente) einzeln und aus-
drücklich bezeichnet werden.

2. Die auf einer Einmalleistung beruhende Sofortrente unterliegt mit ihrem monat-
lichen Zahlungsbetrag und nicht allein mit ihrem Ertragsanteil der Beitragspflicht in
der freiwilligen Krankenversicherung.

3. Die Berücksichtigung des Zahlungsbetrags der Sofortrente bei der Beitragsbemessung
verstößt nicht gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz.

BSG, Urt. v. 10. 10. 2017 – B 12 KR 16/16 R –

Breith. 2018, 438

§ 240 Abs. 1 Satz 2 SGB V s. § 15 Abs. 1 SGB IV

Breith. 2018, 700

§ 249b Satz 1 SGB V s. § 8 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB IV

Breith. 2018, 707

§§ 250 Abs. 2 Satz 2, 252 Abs. 1 Satz 1 SGB V; §§ 59 Abs. 4 Satz 1,
60 Abs. 1 und 3 Satz 1 Halbs. 1 SGB XI; §§ 305 ff., 362 BGB

1. Wird der Beitrag eines freiwillig Versicherten durch die Krankenkasse im Last-
schriftverfahren vom Konto seines Arbeitgebers eingezogen, tritt Erfüllung erst
mit der Genehmigung der Kontobelastung durch den Arbeitgeber ein.

2. Die Genehmigung kann auch konkludent erteilt sein, wenn der Beitragseinzug
regelmäßig in dieser Form erfolgt, der Arbeitgeber die Kontobelastung in der Ver-

gangenheit bereits einmal genehmigt hat und der aktuellen Kontobelastung nicht innerhalb einer angemessenen Überlegungsfrist widerspricht.

BSG, Urt. v. 23. 5. 2017 – B 12 KR 2/15 R –

Breith. 2018, 16

§ 275 Abs. 1c Satz 3 SGB V

Hat die Krankenkasse dem Krankenhaus eine Aufwandspauschale gezahlt, obwohl deren Voraussetzungen nicht vorlagen, hat sie grundsätzlich einen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch gegen das Krankenhaus. Der Erstattungsanspruch ist nur unter besonderen Voraussetzungen verwirkt.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 15. 2. 2018 – L 5 KR 251/17 –

Breith. 2018, 697

Sozialgesetzbuch VI – Gesetzliche Rentenversicherung –

§§ 1, 58, 149, 172 a.F., 207 SGB VI

Zeiten zwischen dem Ende der Schulausbildung und dem Beginn der Wehrpflicht- bzw. Zivildienstzeit sowie zwischen deren Ende und dem Beginn des (Universitäts-) Studiums sind als Anrechnungszeiten im Sinne von unvermeidbaren Zwischenzeiten selbst dann anzuerkennen, wenn in diesen Zeiten eine geringfügige Beschäftigung ausgeübt wurde.

Das Ende des Hochschulstudiums kann frühestens dann angenommen werden, wenn alle Prüfungsabschnitte absolviert sind und der Versicherte weiß, dass er sein Studium erfolgreich abgeschlossen hat. Dies ist im Zweifel mit der Aushändigung des Abschlusszeugnisses der Fall.

Einer Nachentrichtung freiwilliger Beiträge nach § 207 SGB VI steht zwar die Entrichtung von Pflichtbeiträgen aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nach § 1 Satz 1 SGB VI, nicht jedoch pauschaler Beiträge nach § 172 Nrn. 3 und 3a SGB VI a.F. entgegen.

Bayer. LSG, Urt. v. 22. 6. 2017 – L 19 R 1005/13 –

Breith. 2018, 299

§ 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI s. §§ 7 Abs. 1, 7a Abs. 1 SGB IV

Breith. 2018, 37

§§ 5, 6, 7 Abs. 1 und 2, 210 Abs. 1 SGB VI; Art. 3 Abs. 1, Art. 14 GG

Es verstößt nicht gegen Verfassungsrecht, dass in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versicherungspflichtige Personen, die mit früheren Pflichtbeiträgen die allgemeine Wartezeit noch nicht erfüllt haben, keinen Anspruch auf Beitragsrstatung vor Erreichen der Regelaltersgrenze haben.

BSG, Urt. v. 6. 9. 2017 – B 13 R 4/17 R –

Breith. 2018, 745

§ 5 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI s. §§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 Nr. 2, 28p Abs. 1 SGB IV

Breith. 2018, 927

§ 6 Abs. 1 Satz 1 SGB VI

Der Anspruch auf Befreiung von der Rentenversicherungspflicht approbierter Tierärzte hängt nicht zusätzlich davon ab, ob auch die konkret in Frage stehende Tätigkeit der Zulassung nach der Bundes-Tierärzteordnung bedarf.

BSG, Urt. v. 7. 12. 2017 – B 5 RE 10/16 R –

Breith. 2018, 827

§§ 10 Abs. 1 Nr. 1 und 2, 20 Abs. 1 Nr. 1, 21 Abs. 1 SGB VI; §§ 34b SGB II;
 §§ 2 Abs. 1, 33 Abs. 1 und 4, 46 Abs. 1 Satz 1, 47, 48 Satz 1 und 2, 50 SGB IX;
 §§ 104, 107 Abs. 1 SGB X; §§ 75 Abs. 2, 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 177 SGG

1. Bei der Ermittlung der Berechnungsgrundlage des Übergangsgelds nach dem tariflichen Arbeitsentgelt bleiben Tätigkeiten außer Betracht, die lediglich kurze Zeit ausgeübt oder nur mit Rücksicht auf diejenige Behinderung verrichtet wurden, welche Anlass und Grund für die Bewilligung der Teilhabeleistung war.

2. Eine berufliche Tätigkeit, die länger als sechs Jahre zurückliegt, kann regelmäßig nicht mehr Grundlage für die Ermittlung des tariflichen Arbeitsentgelts sein (Weiterführung von BSG, Urt. v. 31. 1. 1980 – 11 RA 8/79 – BSGE 49, 263 = SozR 2200 § 1237a Nr. 10).

BSG, Urt. v. 6. 9. 2017 – B 13 R 20/14 R –

Breith. 2018, 386

§ 16 SGB VI; § 33 Abs. 3 Nr. 1 SGB IX; § 160 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGG;
 §§ 4 Abs. 2, 5 Abs. 1 und 2, 7 KfzHV

Die gegenüber dem Grundmodell höhere Motorisierung eines Kraftfahrzeugs ist bei der Leistungsbeschaffung zu berücksichtigen, soweit sie erforderlich ist, um das Kraftfahrzeug mit einer behinderungsbedingten Zusatzausstattung zu versehen.

BSG, Beschl. v. 6. 9. 2017 – B 13 R 139/16 B –

Breith. 2018, 197

§§ 34 Abs. 4, 75 Abs. 4 Halbs. 1 und 2, 77 Abs. 2 und 3,
 187a Abs. 1 Satz 1 SGB VI; §§ 116 Abs. 1 Satz 1, 119 Abs. 1 und 3 SGB X;
 Art. 3 Abs. 1 GG

Zumindest wenn dem Rentenversicherungsträger die von einem Versicherten vorzeitig in Anspruch genommene Altersrente vollständig erstattet wird, ist der Versicherte bei der Berechnung einer darauf folgenden (Regel-)Altersrente so zu stellen, als hätte er die Entgeltpunkte, die der früheren Rente zugrunde lagen, „nicht mehr vorzeitig in Anspruch genommen“.

BSG, Urt. v. 13. 12. 2017 – B 13 R 13/17 R –

Breith. 2018, 475

§ 48 Abs. 4 SGB VI; §§ 48 Abs. 1, 50 Abs. 1 SGB X; Art. 3 Abs. 1,
 Art. 6 Abs. 1 GG

Während einer durch Elternzeit unterbrochenen Ausbildung besteht kein Anspruch auf (Halbwaisen-)Rente.

BSG, Urt. v. 1. 6. 2017 – B 5 R 2/16 R –

Breith. 2018, 200

§§ 157, 161 Abs. 1, 162 Nr. 1 SGB VI; § 55 Abs. 3 Satz 1 SGB XI; Art. 3 Abs. 1,
 Art. 6 Abs. 1 GG

Eltern können von Verfassungswegen nicht verlangen, wegen ihres Aufwands für die Betreuung und Erziehung von Kindern weniger Beiträge als einfachrechtlich geregelt zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlen zu müssen.

BSG, Urt. v. 20. 7. 2017 – B 12 KR 14/15 R –

Breith. 2018, 484

§ 172 Abs. 3 Satz 1 SGB VI s. § 8 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB IV

Breith. 2018, 707

§ 211 Satz 1 Nr. 1 SGB VI s. § 351 Abs. 2 Satz 2 SGB III

Breith. 2018, 257

§ 236b SGB VI s. § 159 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB III *Breith. 2018, 417*

§§ 254b und d, 255a SGB VI; § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X; § 15 FRG; Art. 2, Art. 3 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1, Art. 11 Abs. 1 und 2, Art. 14 Abs. 1, Art. 20 Abs. 3 GG

Die Bewertung von nach dem Fremdrentengesetz anerkannten Zeiten mit dem Rentenwert (Ost) nach einer Wohnsitzverlagerung in das Beitrittsgebiet verstößt nicht gegen Verfassungs- und Europarecht.

BSG, Urt. v. 12. 4. 2017 – B 13 R 12/15 R – *Breith. 2018, 105*

Sozialgesetzbuch VII – Gesetzliche Unfallversicherung –

§§ 2 Abs. 1 Nr. 8b, 8 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Nr. 1 SGB VII

1. Auch im Rahmen der Versicherung für Wegeunfälle fällt jugendspezifisches Verhalten von Schülern bei der Zurücklegung des Schulweges unter den gesetzlichen Schutz (vgl. BSG, Urt. v. 30. 10. 2007 – B 2 U 29/06 R – SozR 4-2700 § 8 Nr. 25).

2. Darunter fällt es, wenn ein 14-jähriger Schüler mit dem Fahrrad für die Fahrt nach Hause eine zwar vom unmittelbaren Weg abweichende Strecke zur teilweise gemeinsamen Fahrt mit einem Mitschüler wählt, diese jedoch ebenso sicher wie jener ist und zu ihm in einem angemessenen räumlichen und zeitlichen Verhältnis steht.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 21. 9. 2017 – L 6 U 85/14 – *Breith. 2018, 728*

§§ 3 Abs. 1 Nr. 1, 8 Abs. 1 und 2 SGB VII

Der Sturz einer Selbstständigen in der Privatwohnung ist in der gesetzlichen Unfallversicherung versichert, wenn sie eine Verrichtung mit einer Handlungstendenz ausführt, die objektivierbar dem Geschäftsbetrieb dient.

BSG, Urt. v. 31. 8. 2017 – B 2 U 9/16 R – *Breith. 2018, 647*

§§ 7 Abs. 2, 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII

Startpunkt des unfallversicherten Weges kann jede Gebäudeöffnung sein, wenn der direkte, unmittelbare Weg durch die Außenhaustür versperrt ist.

BSG, Urt. v. 31. 8. 2017 – B 2 U 2/16 R – *Breith. 2018, 463*

§ 8 Abs. 1 und 2 SGB VII

Eine Körperverletzung unter Kollegen (Fausthieb), die ein Arbeitnehmer auf dem Nachhauseweg nach einem Streit über betriebliche Belange erleidet, kann ein Arbeitsunfall sein. Das gilt nicht, wenn wesentliche Ursache der erlittenen Körperverletzung Konflikte oder Beziehungen aus dem persönlichen Bereich sind.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 22. 11. 2017 – L 1 U 1277/17 – *Breith. 2018, 369*

§ 8 Abs. 1 und 2 SGB VII

Wer den Weg zur Arbeitsstätte verlässt, um den Straßenbelag auf Glätte zu überprüfen, steht hierbei nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

BSG, Urt. v. 23. 1. 2018 – B 2 U 3/16 R – *Breith. 2018, 719*

§ 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII

Zieht sich jemand während eines Testspiels einer Fußballmannschaft, die sich aus Mitarbeitern eines outgesourceten Dienstleisters für die Teilnahme an einem einige Wochen später stattfindenden Pokalturnier eines großen Krankenversicherungsträgers formiert hat, einen Achillessehnen-Teilabriss zu, handelt es sich nicht um einen versicherten Arbeitsunfall, weder als Betriebssport noch nach den Grundsätzen einer betrieblichen Gemeinschaftsveranstaltung.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 8. 5. 2017 – L 1 U 3909/16 – *Breith. 2018, 286*

§ 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII

1. Erleidet ein Arbeitnehmer in einem Warenlager bei dem Versuch, seinem Kollegen nach Wiederaufflammen eines ursprünglich über betriebliche Belange geführten Streits in feindlicher Absicht den Kopf in den Bauch zu rammen, einen Wirbelbruch, handelt es sich nicht um einen versicherten Arbeitsunfall.

2. Beim Zurücklegen des Weges vom eigenen Arbeitsbereich zum Arbeitsbereich des Kollegen, um diesen körperlich zu attackieren, ist die Handlungstendenz jedenfalls dann nicht auf die Erfüllung der Pflichten aus dem Arbeitsvertrag gerichtet, wenn der eigentliche Streit um betriebliche Belange schon länger zurückliegt und im Vordergrund jetzt das Austragen persönlicher Konflikte steht.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 22. 11. 2017 – L 1 U 1504/17 – *Breith. 2018, 916*

§ 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII; Art. 3 Abs. 1 GG

Ein Beschäftigter, der die Fahrt von der Arbeitsstätte zur Wohnung unterbricht, um Lebensmittel einzukaufen, steht noch nicht wieder unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, wenn er den Einkauf auf dem Beifahrersitz abgestellt hat und auf dem Weg zur Fahrertür stürzt.

BSG, Urt. v. 31. 8. 2017 – B 2 U 11/16 R – *Breith. 2018, 549*

§ 9 Abs. 1 Satz 1 SGB VII

Führt die Aufnahme schädigender Substanzen (Borrelien) in den Organismus zu keiner Funktionsstörung, liegt keine Krankheit im Sinn des Berufskrankheitsrechts vor.

BSG, Urt. v. 27. 6. 2017 – B 2 U 17/15 R – *Breith. 2018, 188*

§§ 9 Abs. 5, 82 Abs. 1 Satz 1, 84, 87 SGB VII; § 44 Abs. 1 SGB X; § 572 RVO

§ 84 SGB VII findet, gemessen an einer an Wortlaut, Entstehungsgeschichte, Sinn und Zweck sowie Systematik orientierten Auslegung der Vorschrift, nur dann Anwendung, wenn der „letzte Tag“ der verrichteten Tätigkeit vor dem Eintritt eines Versicherungsfalls im Sinne des § 9 Abs. 5 SGB VII – d.h. vor dem Beginn der Arbeitsunfähigkeit bzw. Behandlungsbedürftigkeit und vor dem Beginn der rentenberechtigten Minderung der Erwerbsfähigkeit – liegt.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 10. 5. 2017 – L 8 U 28/14 – *Breith. 2018, 99*

§§ 56, 96 Abs. 1 Satz 1 SGB VII; § 44 Abs. 1 und 2 SGB I; § 19 Satz 2 SGB IV;
§§ 53, 54 SGB X; § 101 Abs. 1 SGG

1. Der Anspruch auf Verletztenrente ist trotz fehlenden Antragserfordernisses frühestens nach Ablauf von sechs Kalendermonaten nach Eingang des vollständigen Leistungsantrags zu verzinsen.

2. Das Überlassen eines Formulars auf Aufforderung des Unfallversicherungsträgers kann bereits als Antragstellung gewertet werden.

BSG, Urt. v. 27. 6. 2017 – B 2 U 14/15 R –

Breith. 2018, 379

§§ 56 Abs. 2 Satz 3, 73 Abs. 3, 76 Abs. 3, 214 Abs. 3 SGB VII;
§ 1154 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 Nr. 2, Satz 5 RVO

1. Wird eine Verletztenrente i.S.v. § 1154 Abs. 1 Satz 1 RVO noch nach dem festgestellten Grad des Körperschadens nach dem Recht der DDR weiter gezahlt, erfolgt im Falle einer Änderung eine Überprüfung der Minderung der Erwerbsfähigkeit nach § 1154 Abs. 1 Satz 2 RVO wie bei einer Erstfeststellung.

2. Ein Anspruch auf Erhöhung der Verletztenrente besteht auch in diesem Fall unter der Voraussetzung von § 73 Abs. 3 SGB VII.

3. Auch ein Anspruch auf Zahlung des Verschlimmerungsanteils auf eine abgefundene Rente entsteht in diesem Fall nur unter der Voraussetzung von § 76 Abs. 3 SGB VII i.V.m. § 73 Abs. 3 SGB VII.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 19. 1. 2017 – L 6 U 16/13 –

Breith. 2018, 23

§ 136 Abs. 1 Satz 4, Abs. 2 Sätze 1 und 2 SGB VII; § 132 SGB IX

1. Keine Überweisung eines Integrationsunternehmens (§ 132 SGB IX), welches nach § 68 Nr. 3c AO als gemeinnütziger bzw. mildtätiger Zweckbetrieb eingestuft ist und dessen prägender Unternehmensgegenstand es ist, durch geeignete Maßnahmen Arbeitsplätze für psychisch kranke Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu schaffen, von der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege an eine andere Berufsgenossenschaft.

2. Ein Integrationsunternehmen in diesem Sinne ist trotz seiner Doppelfunktion grundsätzlich in der Wohlfahrtspflege tätig. Für solche Unternehmen ist grundsätzlich die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege zuständig.

3. Eine Überweisung an einen anderen Unfallversicherungsträger setzt zudem voraus, dass die engen Voraussetzungen des § 136 Abs. 1 Satz 4 i.V.m. Abs. 2 Sätze 1 oder 2 SGB VII erfüllt sind.

Bayer. LSG, Urt. v. 19. 10. 2017 – L 3 U 283/14 –

Breith. 2018, 270

§ 150 Abs. 3 Satz 1 SGB VII s. §§ 28e Abs. 3a Satz 1,
116a SGB IV

Breith. 2018, 643

§§ 212, 214 Abs. 3 SGB VII; §§ 547, 548, 555 Abs. 1 RVO; §§ 31 Satz 1, 44 Abs. 1, 48 SGB X; § 77 SGG

Selbst wenn ein Unfallversicherungsträger eine Gesundheitsstörung möglicherweise zu Unrecht als Unfallfolge festgestellt hat, ist – wenn diese Feststellung nicht

aufgehoben worden ist – auch die durch sie wesentlich verursachte weitere Gesundheitsstörung als Unfallfolge festzustellen.

BSG, Urt. v. 26. 10. 2017 – B 2 U 6/16 R –

Breith. 2018, 820

Sozialgesetzbuch IX

– Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen –

§§ 2 Abs. 1, 33 Abs. 1 und 4, 46 Abs. 1 Satz 1, 47, 48 Satz 1 und 2, 50 SGB IX s. §§ 10 Abs. 1 Nr. 1 und 2, 20 Abs. 1 Nr. 1, 21 Abs. 1 SGB VI

Breith. 2018, 386

§§ 2 Abs. 1, 69 Abs. 1 Satz 1 SGB IX; § 30 Abs. 1 und 17 BVG

1. Ein GdB von 50 aufgrund eines Diabetes mellitus erfordert nicht nur mindestens vier Insulininjektionen pro Tag und ein selbstständiges Anpassen der Insulindosis. Zusätzlich müssen gravierende und erhebliche Einschnitte in die Lebensführung vorliegen. Eine solche Feststellung hat alle besonderen Umstände des Einzelfalles einzubeziehen.

2. Eine Insulintherapie mit durchschnittlich sechs bis acht täglichen Blutzuckermessungen und sechs täglichen Insulininjektionen entspricht einer leitliniengerechten Therapie und erreicht noch nicht die Grenze einer ungewöhnlich hohen Intensität. Die erkrankungsbedingte Aufgabe eines Berufswunsches und weitgehend problemlose Aufnahme einer Tischlerlehre rechtfertigt nicht die Annahme, von einer gravierenden Einschränkung der Teilhabe am Leben auszugehen.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 17. 5. 2017 – L 7 SB 2/16 –

Breith. 2018, 120

§§ 2 Abs. 1 Satz 1, 69 Abs. 1 SGB IX; § 30 Abs. 1 BVG

1. Ein GdB von 30 kann nach Änderung der VMG erst bei beidseitigen Hüfttotalendoprothesen (TEP) mit Beeinträchtigung der Versorgungsqualität angenommen werden (Teil B Nr. 18.12).

2. Sofern eine Hüft-TEP vor der Änderung und eine nach der Änderung der VMG implantiert wurde und keine Beeinträchtigung der Versorgungsqualität vorliegt, verbleibt es bei einem GdB von 20.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 3. 11. 2016 – L 7 SB 21/15 –

Breith. 2018, 221

§ 33 Abs. 3 Nr. 1 SGB IX s. § 16 SGB VI

Breith. 2018, 197

§ 132 SGB IX s. § 136 Abs. 1 Satz 4, Abs. 2 Sätze 1 und 2 SGB VII

Breith. 2018, 270

Sozialgesetzbuch X

– Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz –

§ 13 SGB X s. § 13 Abs. 3a Satz 6 SGB V

Breith. 2018, 81

§ 15 Abs. 1 Nr. 4 SGB X; § 1896 BGB

Zur Notwendigkeit des Ersuchens um Bestellung eines geeigneten Vertreters i.S.v. § 15 Abs. 1 Nr. 4 SGB X bei fehlender Handlungs- und Prozessfähigkeit, wenn

das Betreuungsgericht die Bestellung eines rechtlichen Betreuers nach § 1896 BGB abgelehnt hat.

LSG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 16. 10. 2017 –
L 20 SO 384/15 – *Breith. 2018, 150*

§§ 20, 26 Abs. 1, 31 Satz 1, 33 Abs. 1, 39 Abs. 2 SGB X
s. §§ 13 Abs. 1 und 3a, 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5, 39 SGB V *Breith. 2018, 445*

§§ 20, 31 Satz 1, 33 Abs. 1, 39 Abs. 1, 44, 45, 48 SGB X
s. §§ 2 Abs. 1 Satz 3, 12 Abs. 1, 13 Abs. 3a,
27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5, 39 SGB V *Breith. 2018, 620*

§ 20 ff. SGB X s. § 351 Abs. 2 Satz 2 SGB III *Breith. 2018, 257*

§§ 31 Satz 1, 44 Abs. 1, 48 SGB X s. §§ 212, 214 Abs. 3 SGB VII *Breith. 2018, 820*

§ 31 Satz 1 SGB X; § 54 Abs. 1 und 5 SGG; Art. 3 Abs. 1, Art. 19 Abs. 4 GG

Das Interesse, sich als ausländisches Unternehmen im Zielstaat (hier: Deutschland) durch die vereinbarte Fortgeltung ausländischen Rechts mittels niedrigerer Sozialabgaben einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen im Zielstaat tätigen und dem dortigen System der sozialen Sicherheit unterstellten Unternehmen und Arbeitnehmern zu verschaffen, ist kein ausreichender Grund für eine Verlängerung der Entsendung durch Abschluss einer europarechtlichen Ausnahmevereinbarung.

BSG, Urt. v. 16. 8. 2017 – B 12 KR 19/16 R – *Breith. 2018, 345*

§ 32 Abs. 1 SGB X s. §§ 82 Abs. 1, 87 Abs. 1 und 2,
98 Abs. 2 Nr. 11, 135 Abs. 2 SGB V *Breith. 2018, 91*

§§ 37, 44, 45 SGB X s. §§ 1, 5 bis 8 AAÜG *Breith. 2018, 736*

§ 44 Abs. 1 SGB X s. §§ 9 Abs. 5, 82 Abs. 1 Satz 1, 84,
87 SGB VII *Breith. 2018, 99*

§ 44 Abs. 1 Satz 1 SGB X s. §§ 2 Satz 1, 24 Abs. 2 Satz 1,
25 Abs. 1 Satz 1 KSVG *Breith. 2018, 635*

§ 45 Abs. 1 SGB X s. § 40 Abs. 1 Satz 1 SGB I *Breith. 2018, 788*

§ 48 SGB X s. § 1 Abs. 1 OEG *Breith. 2018, 399*

§ 48 SGB X s. § 240 Abs. 1 und 2 SGB V *Breith. 2018, 438*

§§ 48 Abs. 1, 50 Abs. 1 SGB X s. § 48 Abs. 4 SGB VI *Breith. 2018, 200*

§ 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X s. §§ 254b und d, 255a SGB VI *Breith. 2018, 105*

§ 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X s. §§ 13 Abs. 3, 15 Abs. 1,
36 Abs. 1 Satz 3, 38a, 89 SGB XI *Breith. 2018, 41*

- § 50 Abs. 1 Satz 2 SGB X s. §§ 31 Abs. 3 Satz 6,
40 Abs. 3 und 6 SGB II *Breith. 2018, 510*
- §§ 53, 54 SGB X s. §§ 56, 96 Abs. 1 Satz 1 SGB VII *Breith. 2018, 379*
- §§ 53 Abs. 1 Satz 2, 55 Abs. 1 Satz 2, 58 Abs. 2 Nr. 4 SGB X
s. §§ 37 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, 44 Abs. 1, 138 Abs. 4 Satz 2 Nr. 1,
159 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SGB III *Breith. 2018, 233*
- § 58 Abs. 1 SGB X; §§ 53 ff., 75 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, 77 Abs. 1 Satz 1 und 2, 80,
97 Abs. 1 bis 3 SGB XII
- Der Verstoß gegen die zwingenden gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen für den
Abschluss von sozialhilferechtlichen Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsverein-
barungen führt zur Nichtigkeit der Verträge.**
- BSG, Urt. v. 13. 7. 2017 – B 8 SO 21/15 R – *Breith. 2018, 765*
- § 61 Satz 2 SGB X s. §§ 11, 38, 44 SGB I *Breith. 2018, 469*
- §§ 104, 107 Abs. 1 SGB X s. §§ 10 Abs. 1 Nr. 1 und 2,
20 Abs. 1 Nr. 1, 21 Abs. 1 SGB VI *Breith. 2018, 386*
- §§ 116 Abs. 1 Satz 1, 119 Abs. 1 und 3 SGB X s. §§ 34 Abs. 4,
75 Abs. 4 Halbs. 1 und 2, 77 Abs. 2 und 3,
187a Abs. 1 Satz 1 SGB VI *Breith. 2018, 475*

Sozialgesetzbuch XI – Soziale Pflegeversicherung –

- §§ 9 Satz 2 und 3, 82 Abs. 2 bis 4 SGB XI; Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1,
Art. 14 Abs. 1, Art. 20 Abs. 3, Art. 72 Abs. 1, Art. 74 Abs. 1 Nr. 12,
Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG
- Landesrechtliche Vorschriften, nach denen Pflegeeinrichtungen Investitionskosten
Pflegebedürftigen gegenüber nicht gesondert berechnen dürfen, soweit diese Kosten
durch Zuwendungen privatrechtlich organisierter Stiftungen und private Spenden
gedeckt sind, verstoßen nicht gegen Bundesrecht.**
- BSG, Urt. v. 28. 9. 2017 – B 3 P 4/15 R – *Breith. 2018, 809*
- §§ 13 Abs. 2, 36 ff. SGB XI s. §§ 13 Abs. 3 Satz 1, 27 Abs. 1,
37 Abs. 2 bis 6, 92 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 7, 132a Abs. 2 SGB V *Breith. 2018, 892*
- §§ 13 Abs. 3, 15 Abs. 1, 36 Abs. 1 Satz 3, 38a, 89 SGB XI; §§ 58, 59 SGB I;
§ 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X; §§ 2 Abs. 1, 19 Abs. 3, 27a Abs. 4, 61 Abs. 1, 63 Satz 1,
65 Abs. 1 Satz 2, 66, 75 Abs. 3 und 5 Halbs. 1 SGB XII; §§ 54 Abs. 1 und 4, 56,
99 Abs. 1, 170 Abs. 2 Satz 2, 202 SGG; §§ 239, 246 ZPO
- Bei dem Wohngruppenschlag nach § 38a SGB XI handelt es sich nicht um eine
der Hilfe zur Pflege nach den §§ 61 ff. SGB XII a.F. zweckentsprechende Leistung,
da er nicht unmittelbar der pflegerischen Versorgung des Leistungsberechtigten
dient.**
- BSG, Urt. v. 12. 5. 2017 – B 8 SO 14/16 R – *Breith. 2018, 41*

§ 20 Abs. 1 Satz 1 SGB XI s. §§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 Nr. 2,
28p Abs. 1 SGB IV

Breith. 2018, 927

§§ 23 Abs. 6 Nr. 2, 25 Abs. 1, 27 Satz 2, 33 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6, Abs. 3 SGB XI;
§ 205 Abs. 2 VVG

Die Vorversicherungszeit für die Leistungsgewährung in der sozialen Pflegeversicherung ist nicht erfüllt, wenn ein langjähriger Versicherungsnehmer seine private Pflegeversicherung zwecks Herbeiführung der Familienversicherung verlässt.

BSG, Urt. v. 30. 11. 2017 – B 3 P 5/16 R –

Breith. 2018, 793

§§ 44a Abs. 3, 55 Abs. 3 und 3a SGB XI
s. § 56 Abs. 3 Nr. 2 SGB I

Breith. 2018, 521

§ 55 Abs. 3 Satz 1 SGB XI s. §§ 157, 161 Abs. 1,
162 Nr. 1 SGB VI

Breith. 2018, 484

§§ 59 Abs. 4 Satz 1, 60 Abs. 1 und 3 Satz 1 Halbs. 1 SGB XI
s. § 250 Abs. 2 Satz 2, 252 Abs. 1 Satz 1 SGB V

Breith. 2018, 16

§ 82 Abs. 3 und 4 SGB XI; §§ 75 Abs. 3 und 5, 77 Abs. 1 Satz 3, 80 SGB XII

Die sozialhilferechtliche Schiedsstelle überschreitet den ihr eingeräumten Entscheidungsfreiraum, wenn sie die Wirtschaftlichkeit der Investitionskosten nicht geförderter Einrichtungen nicht an der Entwicklung am Markt bestimmt, sondern Investitionskosten auf die nach dem Landesrecht geltenden Höchstbeträge für geförderte Einrichtungen deckelt.

BSG, Urt. v. 13. 7. 2017 – B 8 SO 11/15 R –

Breith. 2018, 759

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe –

§§ 2 Abs. 1, 19 Abs. 3, 27a Abs. 4, 61 Abs. 1, 63 Satz 1,
65 Abs. 1 Satz 2, 66, 75 Abs. 3 und 5 Halbs. 1 SGB XII
s. § 13 Abs. 3, 15 Abs. 1, 36 Abs. 1 Satz 3, 38a, 89 SGB XI

Breith. 2018, 41

§§ 2 Abs. 1, 74 SGB XII; § 86b Abs. 2 Satz 2 SGG

1. Die erforderlichen Kosten einer Bestattung sind im Wege der einstweiligen Anordnung vorläufig zu übernehmen, wenn Ausgleichsansprüche des Bestattungspflichtigen gegen andere Verpflichtete nicht ersichtlich sind.

2. Eine vorrangige Verpflichtung zur Selbsthilfe setzt voraus, dass ein möglicher Anspruch des Hilfebedürftigen hinreichend klar ersichtlich ist.

3. Der Hilfebedürftige muss nicht nachweisen, dass keine bereiten Mittel – hier in Form von Ausgleichsansprüchen gegenüber Erben – vorhanden sind.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 24. 7. 2017 –
L 8 SO 26/17 B ER –

Breith. 2018, 505

§ 2 Abs. 1 SGB XII s. §§ 44, 46, 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V

Breith. 2018, 889

§ 22 Abs. 1 Satz 2 SGB XII

1. Leistungsbezieher nach § 2 AsylbLG, die eine dem Grund nach nach dem BAföG förderungsfähige Ausbildung besuchen, sind nach § 2 Abs. 1 AsylbLG i.V.m. § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB XII von Leistungen nach dem AsylbLG ausgeschlossen, auch wenn die Ausbildung tatsächlich nicht nach dem BAföG gefördert wird.

2. Eine besondere Härte i.S.v. § 2 Abs. 1 AsylbLG i.V.m. 22 Abs. 1 Satz 2 SGB XII lässt sich in einem solchen Fall – abweichend von der Weisungs- und Erlasslage einiger Bundesländer – nicht grundsätzlich annehmen. Die integrations- und bildungspolitische Zweckmäßigkeit des gesetzlichen Leistungsausschlusses ist im sozialgerichtlichen Verfahren unbeachtlich, wenn der Leistungsausschluss sich klar aus der gesetzlichen Regelung ergibt.

3. Im Verfahren auf Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes kommt eine Aussetzung und Vorlage an das Bundesverfassungsgericht nach Art. 100 Abs. 1 GG nicht in Betracht; dem Antragsteller verbleibt insofern nur eine Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht und ggf. der dortige Antrag auf eine einstweilige Regelung.

4. Fragen der Recht- oder Verfassungsmäßigkeit eines Ausschlusses von Leistungen an den Antragsteller (auch) nach dem BAföG oder SGB III sind ggf. in Verfahren gegen die dort zuständigen Leistungsträger zu klären.

LSG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 19. 2. 2018 –
L 20 AY 4/18 B ER –

Breith. 2018, 495

§§ 53 ff., 75 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, 77 Abs. 1 Satz 1 und 2, 80,
97 Abs. 1 bis 3 SGB XII s. § 58 Abs. 1 SGB X

Breith. 2018, 765

§ 73 SGB XII s. § 21 Abs. 6, 24, 28 Abs. 3 SGB II

Breith. 2018, 591

§ 73 SGB XII s. §§ 21 Abs. 6, 28 Abs. 3 SGB II

Breith. 2018, 771

§§ 75 Abs. 3 und 5, 77 Abs. 1 Satz 3, 80 SGB XII
s. § 82 Abs. 3 und 4 SGB XI

Breith. 2018, 759

Reichsversicherungsordnung

§§ 547, 548, 555 Abs. 1 RVO s. §§ 212, 214 Abs. 3 SGB VII

Breith. 2018, 820

§ 572 RVO s. §§ 9 Abs. 5, 82 Abs. 1 Satz 1, 84, 87 SGB VII

Breith. 2018, 99

§ 1154 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 Nr. 2, Satz 5 RVO
s. §§ 56 Abs. 2 Satz 3, 73 Abs. 3, 76 Abs. 3, 214 Abs. 3 SGB VII

Breith. 2018, 23

Künstlersozialversicherungsgesetz

§§ 2 Satz 1, 24 Abs. 2 Satz 1, 25 Abs. 1 Satz 1 KSVG; § 44 Abs. 1 Satz 1 SGB X

Professionelle (Eis-)Tänzer der TV-Unterhaltungsshow „Let’s Dance“ und „Dancing on Ice“ sind (Eis-)Tanzsportler und keine Künstler.

BSG, Urt. v. 28. 9. 2017 – B 3 KS 1/17 R –

Breith. 2018, 635

Bundemantelvertrag-Ärzte

§ 5 Abs. 1 BMV-Ä s. §§ 82 Abs. 1, 87 Abs. 1 und 2,
98 Abs. 2 Nr. 11 SGB V *Breith. 2018, 179*

§ 48 BMV-Ä s. §§ 20d Abs. 1 Satz 1 und 3, 73 Abs. 2 und 3,
82 Abs. 1, 92, 106 Abs. 1 und 2 Satz 4, 132e Abs. 1 SGB V *Breith. 2018, 264*

Anl. 9.1 §§ 4 Abs. 1 und 3, 6 Abs. 3 BMV-Ä s. §§ 72 Abs. 2,
82 Abs. 1 Satz 1 SGB V *Breith. 2018, 360*

Ärzte-Zulassungsverordnung

§ 24 Abs. 7 Ärzte-ZV s. §§ 95 Abs. 1a und Abs. 2 Satz 5 und 7,
98 Abs. 2, 103 Abs. 4a Satz 1 SGB V *Breith. 2018, 629*

§ 31 Abs. 1 und 2 Ärzte-ZV s. §§ 82 Abs. 1, 87 Abs. 1 und 2,
98 Abs. 2 Nr. 11, 135 Abs. 2 SGB V *Breith. 2018, 91*

§ 31 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Ärzte-ZV s. §§ 82 Abs. 1,
87 Abs. 1 und 2, 98 Abs. 2 Nr. 11 SGB V *Breith. 2018, 179*

Arzneimittelgesetz

§§ 2 Abs. 1 und 4 Abs. 4 AMG s. §§ 20d Abs. 1 Satz 1 und 3,
73 Abs. 2 und 3, 82 Abs. 1, 92, 106 Abs. 1 und 2 Satz 4,
132e Abs. 1 SGB V *Breith. 2018, 264*

Krankenhausfinanzierungsgesetz

§ 17b Abs. 1 Satz 1 und 10 KHG s. §§ 39 Abs. 1 Satz 2,
109 Abs. 4 Satz 3, 112 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, 275 Abs. 1c,
301 Abs. 2 SGB V *Breith. 2018, 85*

Krankenhausentgeltgesetz

§§ 7, 9 Abs. 1 Satz 1, 11 KHEntgG s. §§ 39 Abs. 1 Satz 2,
109 Abs. 4 Satz 3, 112 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, 275 Abs. 1c,
301 Abs. 2 SGB V *Breith. 2018, 85*

Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz

§§ 1, 5 bis 8 AAÜG; §§ 37, 44, 45 SGB X

Besteht am Stichtag 30. 6. 1990 neben dem volkseigenen Betrieb (VEB) eine trotz Spaltung kraft Eintragung wirksam errichtete Kapitalgesellschaft, kommt ein Übergang der Arbeitgebereigenschaft des VEB im Sinn des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) weder aufgrund einer durch das Gesetz über die Spaltung der von der Treuhand verwalteten Unternehmen (SpTrUG) getheilten Einzelübertragung noch aufgrund einer Universalsukzession nach der Ver-

ordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften (VoEigUmwV) in Betracht.

BSG, Urt. v. 7. 12. 2017 – B 5 RS 1/16 R –

Breith. 2018, 736

§ 1 Abs. 1 Satz 1 AAÜG

1. Bezugspunkt für die Prüfung des Vorliegens der sog. betrieblichen Voraussetzung ist die rechtliche Beschäftigungsstelle am 30. 6. 1990.

2. Arbeitgeber ist nach Abschluss eines Überleitungsvertrages gemäß § 53 des Arbeitsgesetzbuchs der DDR der Betrieb, in den der Arbeitnehmer übergeleitet worden ist (Hinweis auf BSG, Urt. v. 18. 12. 2003 – B 4 RA 20/03 R – Juris, RdNr. 38).

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 11. 1. 2018 – L 3 RS 1/15 –

Breith. 2018, 657

Fremdrentengesetz

§ 15 FRG s. §§ 254b und d, 255a SGB VI

Breith. 2018, 105

Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung

§ 1 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 BetrAVG s. §§ 226 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V

Breith. 2018, 11

Kraftfahrzeughilfe-Verordnung

§§ 4 Abs. 2, 5 Abs. 1 und 2, 7 KfzHV s. § 16 SGB VI

Breith. 2018, 197

Bundesversorgungsgesetz

§ 30 BVG s. § 1 OEG

Breith. 2018, 566

§ 30 Abs. 1 BVG s. §§ 2 Abs. 1 Satz 1, 69 Abs. 1 SGB IX

Breith. 2018, 221

§ 30 Abs. 1 und 2 BVG s. § 73a Abs. 1 Satz 1 SGG

Breith. 2018, 211

§ 30 Abs. 1 und 17 BVG s. §§ 2 Abs. 1, 69 Abs. 1 Satz 1 SGB IX

Breith. 2018, 120

§§ 30 Abs. 1 und 17, 31 BVG s. §§ 85, 88 SVG

Breith. 2018, 581

§ 31 BVG s. § 1 Abs. 1 OEG

Breith. 2018, 317

§ 31 BVG s. § 1 Abs. 1 OEG

Breith. 2018, 862

§ 31 Abs. 1 BVG s. § 1 Abs. 1 Satz 1 OEG

Breith. 2018, 49

Soldatenversorgungsgesetz

§§ 85, 88 SVG; §§ 30 Abs. 1 und 17, 31 BVG

Bei einer wehrdienstbedingten Knieverletzung genügt eine lediglich zu vermutende höhere Schmerzbelastung nicht, um die Erhöhung des GdS zu rechtfertigen.

Hierfür ist der Nachweis einer speziellen Schmerzbehandlung notwendig (vgl. Teil A, Nr. 2j VMG).

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 30. 8. 2017 – L 7 VE 6/16 –

Breith. 2018, 581

Opferentschädigungsgesetz

§ 1 OEG; § 30 BVG

Ein gesetzeskonformer „Deal“ im Strafverfahren zugunsten eines Straftäters kann für das Opfer einer Gewalttat als weiteres traumatisierendes Erlebnis eine Gesundheitsstörung auslösen, die als Folgeschaden der Tat anzuerkennen und vom sog. Nachschaden abzugrenzen ist.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 7. 12. 2017 – L 6 VG 6/17 –

Breith. 2018, 566

§ 1 Abs. 1 OEG; § 31 BVG

1. Handlungen, die nicht unmittelbar auf die körperliche Integrität abzielen (wie z.B. Telefonate) werden nicht durch das OEG erfasst. Insoweit fehlt es an einem tätlichen Angriff.

2. Psychische Gewalt unterfällt nicht dem Schutzbereich des OEG.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 22. 2. 2018 – L 7 VE 7/13 –

Breith. 2018, 862

§ 1 Abs. 1 OEG; § 31 BVG; §§ 218, 223 StGB

1. Funktionseinschränkungen, die vorgeburtlich durch von der schwangeren Mutter aufgenommenen Alkohol entstanden sind (Alkohol-Embryopathie [AE] bzw. Fetales Alkoholsyndrom [FAS]), begründen keinen nach § 1 Abs. 1 OEG entschädigungspflichtigen Tatbestand.

2. Handlungen der schwangeren Mutter, die sich vorgeburtlich schädigend auf das Kind auswirken (hier: Aufnahme von Alkohol), erfüllen nicht den Tatbestand eines vorsätzlichen rechtswidrigen Angriffs gegen das ungeborene Kind i.S.v. § 1 Abs. 1 OEG.

3. Der Staat haftet im Rahmen des OEG nicht für Rechtsgutverletzungen, die er aus rechtlichen Gründen nicht verhindern kann (hier: fehlende Eingriffsmöglichkeiten gegen die straffreie Aufnahme von Alkohol durch die schwangere Mutter, auch wenn die Schädigung des ungeborenen Kindes absehbar ist).

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 30. 8. 2017 – L 7 VE 10/15 –

Breith. 2018, 317

§ 1 Abs. 1 OEG; § 48 SGB X; § 77, 128 SGG

1. Die negative Feststellung, dass kein Recht auf Beschädigtengrundrente besteht, entfaltet keine Wirkung für die Zukunft und ist daher kein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung.

2. Der Ursachenzusammenhang zwischen einem schädigenden Vorgang und einer psychiatrischen Erkrankung kann mittels einer sachkundigen Bewertung wegen der Latenz von Brückensymptomen verneint werden.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 9. 11. 2017 – L 6 VG 989/17 –

Breith. 2018, 399

§ 1 Abs. 1 Satz 1 OEG; § 238 StGB; § 31 Abs. 1 BVG

1. Stalkinghandlungen, die nicht unmittelbar auf die körperliche Integrität abzielen (wie z.B. Nachstellen, Telefonate, Briefe, Karten, Geschenke) und die daher dem sog. milden Stalking zuzurechnen sind, werden durch das OEG nicht erfasst.

2. Sofern es einmalig zu einem tätlichen Angriff gekommen ist (hier: Schlagen des Handys aus der Hand und Ausreißen von Kopfharen im Rahmen einer tätlichen Auseinandersetzung) ist zu prüfen, ob die bestehende psychische Erkrankung auf diese Tat zurückzuführen ist.

3. Eine darüber hinausgehende Prüfung der Gesamtumstände des Stalkings ist unzulässig.

4. Auch im Klageverfahren erstmals vorgetragene weitere Taten, die möglicherweise Ansprüche nach dem OEG begründen könnten, dürfen nicht einbezogen werden.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 22. 3. 2017 – L 7 VE 12/12 –

Breith. 2018, 49

Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz

§ 21 Abs. 1 Satz 1 StrRehaG s. §§ 106a, 118 Abs. 1, 153 Abs. 2 SGG

Breith. 2018, 129

Asylverfahrensgesetz

§ 81 AsylVfG s. §§ 62, 102 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 1, 103, 106, 106a SGG

Breith. 2018, 74

Asylbewerberleistungsgesetz

§§ 1 Abs. 1 Nr. 4, 1a Nr. 2, § 3 AsylbLG; Art. 1 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 und 3 GG

Führt ein persönliches Fehlverhalten des nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Leistungsberechtigten bei der Beschaffung von Passersatzpapieren zur Nichtvollziehbarkeit aufenthaltsbeendender Maßnahmen, ist die Gewährung nur auf das unabweisbar Gebotene beschränkter Leistungen verfassungsgemäß.

BSG, Urt. v. 12. 5. 2017 – B 7 AY 1/16 R –

Breith. 2018, 662

§ 3 Abs. 2 Satz 1 AsylbLG s. §§ 7 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. a, 20 Abs. 2 und 4 SGB II

Breith. 2018, 959

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz

§§ 2 Abs. 7 Satz 2, 2c Abs. 1 und 2 BEEG; §§ 38a, 39b 41c EStG; §§ 65, 87c HGB; § 166 AO; §§ 611 Abs. 1, 614 BGB; Art. 3 Abs. 1 GG

1. Die Abgrenzung zwischen laufendem Arbeitslohn und sonstigen Bezügen richtet sich im Elterngeldrecht nach den Vereinbarungen im Arbeitsvertrag.

2. Laufender Arbeitslohn wird durch seinen arbeitsvertraglich definierten Lohnzahlungszeitraum gekennzeichnet, der – rein zeitlich betrachtet – den Regelfall der Entlohnung darstellt.

BSG, Urt. v. 14. 12. 2017 – B 10 EG 4/17 R –

Breith. 2018, 933

§ 2 Abs. 7 Satz 4 BEEG; § 8 Abs. 2 Satz 4 EStG

Der geldwerte Vorteil der fortdauernden Möglichkeit, den vom Arbeitgeber gestellten Dienst-PKW während der Elternzeit privat nutzen zu können, ist als Einkommen zu berücksichtigen. Dies gilt auch, wenn steuerrechtlich im Lohnsteuerjahresausgleich der steuerrechtliche Vorteil im Rahmen der sog. Escape-Klausel (§ 8 Abs. 2 Satz 4 EStG) bei tatsächlicher Nichtnutzung (Fahrtenbuch) korrigiert werden kann.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 26. 10. 2017 – L 2 EG 2/14 –

Breith. 2018, 946

Sozialgerichtsgesetz

§§ 3, 33, 153 Abs. 5, 160 Abs. 2 Nr. 3, 160a Abs. 5, 202 Satz 1 SGG;

§ 547 Nr. 1 ZPO

Wirkt ein ehrenamtlicher Richter an der mündlichen Verhandlung mit, ohne dass er zuvor vereidigt worden ist, ist das Gericht nicht vorschriftsmäßig besetzt.

BSG, Beschl. v. 6. 9. 2017 – B 13 R 177/17 B –

Breith. 2018, 430

§ 10 Abs. 2 SGG s. § 75 Abs. 1a SGB V

Breith. 2018, 341

§§ 54 Abs. 1, 55 Abs. 1, 123, 160 Abs. 2 Nr. 3, 160a Abs. 5 SGG
s. §§ 7 Abs. 1, 7a Abs. 1 SGB IV

Breith. 2018, 37

§§ 54 Abs. 1 und 4, 56, 99 Abs. 1, 170 Abs. 2 Satz 2, 202 SGG
s. §§ 13 Abs. 3, 15 Abs. 1, 36 Abs. 1 Satz 3, 38a, 89 SGB XI

Breith. 2018, 41

§ 54 Abs. 1 und 5 SGG s. § 31 Satz 1 SGB X

Breith. 2018, 345

§§ 54 Abs. 5, 55 Abs. 1 Nr. 1, 56, 77, 86, 96 Abs. 1, 163, 171,
198 Abs. 1, 199 Abs. 1 Nr. 1 SGG s. §§ 2 Abs. 1 Satz 3,
12 Abs. 1, 13 Abs. 3a, 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5, 39 SGB V

Breith. 2018, 620

§§ 54 Abs. 5, 77, 198 Abs. 1, 199 Abs. 1 Nr. 1 SGG

s. §§ 13 Abs. 1 und 3a, 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5, 39 SGB V

Breith. 2018, 445

§§ 62, 102 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 1, 103, 106, 106a SGG; § 92 Abs. 2 VwGO;
§ 81 AsylVfG; Art. 19 Abs. 4 Satz 1, Art. 103 Abs. 1 GG

Die Fiktion der Klagerücknahme knüpft an den objektivierbaren Umstand der Untätigkeit des Klägers an und setzt weiter voraus, dass für das Gericht objektive Anhaltspunkte dafür bestehen, der Kläger habe das Rechtsschutzinteresse an dem Rechtsstreit verloren.

BSG, Urt. v. 4. 4. 2017 – B 4 AS 2/16 R –

Breith. 2018, 74

§§ 62, 160 Abs. 2 Nr. 3, 160a Abs. 1 und 5, 202 SGG; §§ 12 Abs. 2, 13,
33 Abs. 1 Satz 1, 36 SGB V

1. Die im Gerichtsverfassungsgesetz geregelte Fürsorgepflicht, in der mündlichen Verhandlung ausreichende Verständigungsmöglichkeiten mit einer hör- oder sprachbehinderten Person sicherzustellen, ist in vollem Umfang dem Gericht zugewiesen.

2. Die Verletzung dieser Pflicht ist kein absoluter Revisionsgrund, sondern begründet gegebenenfalls einen Verstoß gegen eine spezielle Form der Gewährung rechtlichen Gehörs (vgl. BSG, Beschl. v. 17. 8. 2009 – B 11 AL 11/09 B).

3. Eine dem krankenversicherungsrechtlichen Kostenerstattungsanspruch entgegenstehende Vorfestlegung liegt nicht schon dann vor, wenn der Versicherte es ablehnt, ein Hörgerät zum Festbetrag auszutesten, und von vornherein feststeht, dass damit eine hinreichende Versorgung nicht erreicht werden kann.

BSG, Beschl. v. 28. 9. 2017 – B 3 KR 7/17 B –

Breith. 2018, 424

§§ 62 Halbs. 1, 107, 122, 128 Abs. 2, 160 Abs. 2 Nr. 3, 160a Abs. 2 und 5, 165 SGG; Art. 1, Art. 2 Abs. 1, Art. 103 Abs. 1 GG

1. Vor Erlass des Urteils muss das Ergebnis einer Inaugenscheinnahme, auch wenn Gegenstand die äußere Erscheinung eines Beteiligten ist, den Prozessbeteiligten mitgeteilt werden, um den Grundsatz des rechtlichen Gehörs zu genügen.

2. Eine nicht in der Sitzungsniederschrift erwähnte Inaugenscheinnahme gilt als nicht durchgeführt.

BSG, Beschl. v. 31. 8. 2017 – B 2 U 74/17 B –

Breith. 2018, 517

§§ 73a, 94 Satz 2 SGG s. § 45 SGB I

Breith. 2018, 335

§ 73a SGG; §§ 119 Abs. 1 Satz 2, 567 Abs. 3 ZPO

§ 119 Abs. 1 Satz 2 ZPO ist einschränkend auszulegen, als Prozesskostenhilfe jedenfalls dann nicht zu gewähren ist, wenn der Gegner lediglich ein unselbständiges Anschlussrechtsmittel eingelegt hat und Prozesskostenhilfe für das Hauptrechtsmittel wegen offensichtlicher Unzulässigkeit oder Unbegründetheit nicht gewährt werden kann.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 13. 11. 2017 – L 5 KR 133/17 B ER –

Breith. 2018, 241

§ 73a Abs. 1 Satz 1 SGG; § 30 Abs. 1 und 2 BVG; § 114 ZPO

Sofern der Sachverhalt durch mehrere medizinische Gutachten bereits aufgeklärt ist und für die behaupteten Gesundheitsstörungen keine Anknüpfungstatsachen vorliegen, die eine weitere Sachaufklärung nachsichziehen können, hat die Klage auch nach dem für die Gewährung von PKH anzuwendenden Maßstab keine hinreichende Aussicht auf Erfolg.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 23. 5. 2017 – L 7 VE 8/15 B –

Breith. 2018, 211

§§ 75 Abs. 2, 103 SGG s. § 351 Abs. 2 Satz 2 SGB III

Breith. 2018, 257

§§ 75 Abs. 2, 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 177 SGG

s. §§ 10 Abs. 1 Nr. 1 und 2, 20 Abs. 1 Nr. 1, 21 Abs. 1 SGB VI

Breith. 2018, 386

§ 75 Abs. 2 SGG s. §§ 95 Abs. 1a und Abs. 2 Satz 5 und 7, 98 Abs. 2, 103 Abs. 4a Satz 1 SGB V

Breith. 2018, 629

§ 75 Abs. 2 Satz 1 SGG s. §§ 95 Abs. 2, 7, 9, 9b, 103 Abs. 3a, 4, 4a SGB V

Breith. 2018, 903

§ 77 SGG s. §§ 212, 214 Abs. 3 SGB VII *Breith. 2018, 820*

§ 77, 128 SGG s. § 1 Abs. 1 OEG *Breith. 2018, 399*

§ 78 Abs. 1 Satz 2 SGG s. §§ 82 Abs. 1,
136a Abs. 4 Satz 3 und 4, 136b Abs. 2 Satz 3,
137 Abs. 4 Satz 3 und 4 SGB V *Breith. 2018, 454*

§ 86 Abs. 2 Satz 2 SGG s. § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II *Breith. 2018, 157*

§§ 86a Abs. 3, 197a SGG

1. Auch in Verfahren der Anordnung der aufschiebenden Wirkung bedarf es einer Dringlichkeit der gerichtlichen Eilentscheidung.

2. In Verfahren nach § 197a SGG (sog. GKG-Verfahren) ist nach § 155 Abs. 4 VwGO eine Kostenteilung (hier: hälftige Teilung) trotz des vollständigen Unterliegens eines Beteiligten bei kostenverursachendem prozessualen Verhalten des anderen Beteiligten möglich.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 30. 11. 2017 –
L 5 KR 156/15 B ER –

Breith. 2018, 612

§§ 86b Abs. 2 und 3, 99 Abs. 3 Nr. 2 SGG

1. Einstweiliger Rechtsschutz kann vor Abschluss des Verwaltungsverfahrens, ausnahmsweise auch vor Antragstellung bei der Verwaltung, zulässig sein.

2. § 99 SGG gilt auch in Verfahren auf einstweiligen Rechtsschutz.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 23. 2. 2018 –
L 5 KR 20/18 B ER –

Breith. 2018, 514

§ 86b Abs. 2 SGG s. § 31 Abs. 6 SGB V *Breith. 2018, 433*

§ 86b Abs. 2 Satz 2 SGG s. §§ 2 Abs. 1, 74 SGB XII *Breith. 2018, 505*

§ 86b Abs. 2 Satz 4 SGG s. §§ 44, 46, 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V *Breith. 2018, 889*

§ 101 Abs. 1 SGG s. §§ 56, 96 Abs. 1 Satz 1 SGB VII *Breith. 2018, 379*

§ 102 Abs. 2 SGG

1. Hat das Sozialgericht entschieden, ein Rechtsstreit sei wegen sog. fiktiver Klagerücknahme (§ 102 Abs. 2 SGG) erledigt, so ist Gegenstand des dagegen geführten Berufungsverfahrens allein die Frage, ob der Rechtsstreit erledigt ist. Eine Entscheidung über den geltend gemachten materiellen Anspruch ist in diesem Berufungsverfahren nicht möglich.

2. Zu den Voraussetzungen einer fiktiven Klagerücknahme i.S.v. § 102 Abs. 2 SGG.

3. Die zuzustellende Betreibensaufforderung ist nach § 63 Abs. 1 Satz 1 SGG i.V.m. § 169 Abs. 2 Satz 1 ZPO zu beglaubigen. Fehlt die Beglaubigung, handelt es sich nicht um eine wirksame Aufforderung i.S.v. § 102 Abs. 2 Satz 1 und 3 SGG, und die Fiktion einer Klagerücknahme tritt nicht ein.

4. Ist der Rechtsstreit bei nicht wirksamer Betreibensaufforderung nicht wegen fiktiver Klagerücknahme nach § 102 Abs. 2 Satz 2 i.V.m. Abs. 1 Satz 2 SGG erledigt,

so ist das erstinstanzliche Verfahren beim Sozialgericht fortzusetzen, ohne dass es im Urteil des Landessozialgerichts einer Zurückverweisung nach § 159 Abs. 1 Nr. 2 SGG bedarf. Im Berufungsverfahren als bloßem Zwischenstreit ist keine eigene Kostenentscheidung zu treffen; vielmehr entscheidet das Sozialgericht auch über die dortigen Kosten.

LSG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 28. 5. 2018 – L 20 SO 431/17 – *Breith. 2018, 878*

§§ 106a, 118 Abs. 1, 153 Abs. 2 SGG; § 404 ZPO; § 21 Abs. 1 Satz 1 StrRehaG

Wirkt der Anspruchsteller in einem Verfahren nach dem StrRehaG an einer erforderlichen (weiteren) medizinischen Aufklärung des Sachverhalts nicht mit, weil er auf einer Videodokumentation und einer Begleitperson bei einer psychiatrischen Exploration besteht, geht dies nach den Grundsätzen der objektiven Beweislast zu seinen Lasten.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 17. 1. 2017 – L 7 VE 5/16 – *Breith. 2018, 129*

§ 109 Abs. 1 Satz 2 SGG; § 5 Abs. 2 GKG

Der Kostenübernahmeanspruch für ein Gutachten nach § 109 Abs. 1 Satz 2 SGG kann verwirkt werden.

Die Verwirkung des Anspruchs setzt aber wegen des nicht fristgebundenen Antragsrechts ein gravierendes Zeitmoment und ein entsprechendes Umstandsmoment voraus.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 4. 7. 2018 – L 7 SB 17/18 – *Breith. 2018, 965*

§§ 116 Satz 2, 118 Abs. 1 SGG

1. Die Prüfung, ob aus einer sexuell motivierten Straftat im Kindesalter eine posttraumatische Belastungsstörung wahrscheinlich entstanden ist, erfordert eine umfassende Einzelfallprüfung. Fehlen z.B. tatnahe Brückensymptome, spezifische Schulauffälligkeiten aus der Tatzeit sowie entsprechende psychiatrische Befunde und ergeben sich auch aus dem Gesamtbild (insbesondere den Lebensumständen) nur wenige Hinweise für eine posttraumatische Belastungsstörung, jedoch deutliche Hinweise auf eine schädigungsunabhängig entstandene emotional instabile Persönlichkeitsstörung, lässt sich der Kausalnachweis von Straftat und Schädigungsfolge nicht wahrscheinlich machen.

2. Die Ausübung des Fragerechts nach §§ 116 Satz 2, 118 Abs. 1 SGG i.V.m. §§ 397, 402, 411 Abs. 4 ZPO verlangt zwar keine konkrete Frageformulierung, darf sich aber auch nicht auf die inhaltlich substanzlose Behauptung beschränken, das Gutachten sei oberflächlich und nicht frei von Widersprüchen, ohne diese Mängel zumindest ansatzweise zu erläutern, so dass kein Rückschluss auf eine konkrete Frage möglich erscheint.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 25. 4. 2018 – L 7 VE 6/15 – *Breith. 2018, 845*

§§ 118, 197a SGG

1. Die Festsetzung eines Ordnungsgeldes gegen einen Sachverständigen gemäß § 118 Abs. 1 SGG i.V.m. § 411 Abs. 2 Satz 1 ZPO verlangt die Einhaltung eines

zweistufigen Verfahrens: Zunächst ist dem Sachverständigen gemäß § 411 Abs. 1 ZPO wirksam eine Frist für die Gutachtenerstattung zu setzen (1. Stufe).

2. Erst nach Ablauf dieser Frist kann dem Sachverständigen gemäß § 411 Abs. 2 Satz 2 ZPO eine Nachfrist gesetzt werden (2. Stufe), die mit einer Ordnungsgeldandrohung verbunden sein muss.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 21. 12. 2017 – L 7 SB 100/17 B – *Breith. 2018, 693*

§§ 118 Abs. 1 Satz 1, 160 Abs. 2, 160a Abs. 2 Satz 3, 170 Abs. 2 und 5, 202 Satz 1 SGG; §§ 42 Abs. 1 und 2, 295 Abs. 1, 404, 406 Abs. 1 und 2, 556 ZPO; Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG

1. Eine Rechtsfrage ist ungeachtet vorinstanzlich gestellter Beweisanträge klärungsfähig, wenn das Revisionsgericht über sie auf der Grundlage der Tatsachenfeststellungen der Vorinstanz sachlich entscheiden kann, auch wenn es für die anschließende Anwendung des geklärten Rechtssatzes einer Zurückverweisung bedarf (Abgrenzung zu BVerwG, Beschl. v. 17. 3. 2000 – 8 B 287/99 = BVerwGE 111, 61).

2. Um eine Abweichung zu bezeichnen, kann der Beschwerdeführer einem Rechtssatz des Bundessozialgerichts einen nur sinngemäß vom Landessozialgericht aufgestellten, in scheinbar fallbezogene Ausführungen gekleideten widersprechenden abstrakten Rechtssatz gegenüberstellen und darlegen, dass sich dieser aus dem Berufungsurteil unzweifelhaft schlüssig ableiten lässt.

BSG, Beschl. v. 31. 7. 2017 – B 1 KR 47/16 B –

Breith. 2018, 243

§§ 141, 142, 197 SGG; § 33 RVG

1. Ist der Wert des Gegenstandes der anwaltlichen Tätigkeit im Widerspruchsverfahren höher als der Streitwert des Gerichtsverfahrens, kommt insofern eine abweichende Festsetzung nach § 33 RVG in Betracht.

2. Zur materiellen Rechtskraft eines Kostenfestsetzungsbeschlusses nach § 197 SGG.

LSG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 25. 4. 2018 – L 5 KA 17/18 B –

Breith. 2018, 784

§ 160 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGG s. § 16 SGB VI

Breith. 2018, 197

§§ 178a, 202 Satz 1 SGG

Lehnt das Revisionsgericht die Beiordnung eines Notanwalts gegenüber einem Beteiligten ab, kann dieser nicht mit einer Gegenvorstellung eine Änderung der Entscheidung herbeiführen.

BSG, Beschl. v. 17. 8. 2017 – B 1 KR 6/17 C –

Breith. 2018, 695

§§ 193, 197 SGG; §§ 55, 59 RVG

1. Hinsichtlich der Gebühren und Auslagen, die einem Rechtsanwalt im sozialgerichtlichen Verfahren nach Bewilligung von Prozesskostenhilfe entstanden sind, sind die Festsetzung der Anwaltsvergütung aus der Staatskasse (§ 55 RVG), die Geltendmachung des auf die Staatskasse übergegangenen Anspruchs eines Beteiligten gegen einen anderen Beteiligten (§ 59 RVG) und die gerichtliche Festsetzung

der unter den Beteiligten zu erstattenden Anwaltskosten (§§ 197, 193 SGG) zu unterscheiden (vgl. LSG Thüringen, Beschl. v. 10. 4. 2014 – L 6 SF 193/14 B).

2. Haben Urkundenbeamte der Geschäftsstelle auf Erinnerung eines Prozessbeteiligten das Sozialgericht statt eines Verfahrens nach § 59 RVG irrtümlich ein Verfahren nach §§ 55 f. RVG angenommen und die im Rahmen von Prozesskostenhilfe zu zahlende Anwaltsvergütung festgesetzt, und hat der an diesem Verfahren beteiligte Vertreter der Staatskasse gegen die Festsetzung des Sozialgerichts keine Beschwerde erhoben, so bindet ihn die rechtskräftige Festsetzung unabhängig von ihrer materiell-rechtlichen Richtigkeit. Er kann nicht durch spätere Erinnerung eine gegenläufige Entscheidung nach § 56 RVG mit der Begründung erstreiten, er sei am Verfahren nach § 59 RVG nicht beteiligt gewesen (Letzteres ist durch die irrtümliche Entscheidung nach §§ 55, 56 RVG gar nicht zum Abschluss gekommen).

LSG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 22. 5. 2017 –
L 20 SO 604/16 B –

Breith. 2018, 71

§ 202 Abs. 3 SGG; §§ 409 Abs. 1 und 2, 411 Abs. 1 und 2 ZPO

Die Auseinandersetzung über die Verhängung eines Ordnungsgeldes ist nicht kontradiktorisch ausgestaltet. Einer Kostenentscheidung bedarf es nicht.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 30. 11. 2017 – L 3 R 399/17 B –

Breith. 2018, 614

Verwaltungsgerichtsordnung

§ 92 Abs. 2 VwGO s. §§ 62, 102 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 1,
103, 106, 106a SGG

Breith. 2018, 74

Bürgerliches Gesetzbuch

§§ 195, 199, 204 BGB; § 690 ZPO; § 205 VVG

Die Verjährung eines Beitragsanspruchs in der privaten Pflegeversicherung wird durch die Zustellung eines Mahnbescheides nur gehemmt, wenn der Antrag auf Erlass eines solchen hinreichend individualisiert worden ist. Die Individualisierung kann bei einheitlichem Lebenssachverhalt in einem anschließenden Klageverfahren nachgeholt werden.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 18. 5. 2017 – L 5 P 55/16 –

Breith. 2018, 161

§§ 241, 256, 288 Abs. 1, 677, 683 BGB s. §§ 11, 38, 44 SGB I

Breith. 2018, 469

§§ 305 ff., 362 BGB s. §§ 250 Abs. 2 Satz 2,
252 Abs. 1 Satz 1 SGB V

Breith. 2018, 16

§§ 558d Abs. 3, 559c Abs. 3 BGB s. §§ 22 Abs. 1 Satz 1,
22c Abs. 2 SGB II

Breith. 2018, 952

§§ 611 Abs. 1, 614 BGB s. §§ 2 Abs. 7 Satz 2,
2c Abs. 1 und 2 BEEG

Breith. 2018, 933

§ 814 BGB s. § 351 Abs. 2 Satz 2 SGB III

Breith. 2018, 257

§ 1896 BGB s. § 15 Abs. 1 Nr. 4 SGB X *Breith. 2018, 150*

Handelsgesetzbuch

§§ 65, 87c HGB s. §§ 2 Abs. 7 Satz 2, 2c Abs. 1 und 2 BEEG *Breith. 2018, 933*

§ 84 Abs. 1 HGB s. §§ 93 Abs. 1, 138 Abs. 3 SGB III *Breith. 2018, 144*

Zivilprozessordnung

§§ 42 Abs. 1 und 2, 295 Abs. 1, 404, 406 Abs. 1 und 2, 556 ZPO
s. §§ 118 Abs. 1 Satz 1, 160 Abs. 2, 160a Abs. 2 Satz 3,
170 Abs. 2 und 5, 202 Satz 1 SGG *Breith. 2018, 243*

§ 114 ZPO s. § 73a Abs. 1 Satz 1 SGG *Breith. 2018, 211*

§§ 119 Abs. 1 Satz 2, 567 Abs. 3 ZPO s. § 73a SGG *Breith. 2018, 241*

§§ 239, 246 ZPO s. §§ 13 Abs. 3, 15 Abs. 1, 36 Abs. 1 Satz 3, 38a,
89 SGB XI *Breith. 2018, 41*

§ 404 ZPO s. §§ 106a, 118 Abs. 1, 153 Abs. 2 SGG *Breith. 2018, 129*

§§ 409 Abs. 1 und 2, 411 Abs. 1 und 2 ZPO s. § 202 Abs. 3 SGG *Breith. 2018, 614*

§ 547 Nr. 1 ZPO s. §§ 3, 33, 153 Abs. 5, 160 Abs. 2 Nr. 3,
160a Abs. 5, 202 Satz 1 SGG *Breith. 2018, 430*

§ 690 ZPO s. §§ 195, 199, 204 BGB *Breith. 2018, 161*

Strafgesetzbuch

§§ 218, 223 StGB s. § 1 Abs. 1 OEG *Breith. 2018, 317*

§ 238 StGB s. § 1 Abs. 1 Satz 1 OEG *Breith. 2018, 49*

Einkommensteuergesetz

§ 8 Abs. 2 Satz 4 EStG s. § 2 Abs. 7 Satz 4 BEEG *Breith. 2018, 946*

§§ 38a, 39b 41c EStG s. §§ 2 Abs. 7 Satz 2,
2c Abs. 1 und 2 BEEG *Breith. 2018, 933*

Abgabenordnung

§ 166 AO s. §§ 2 Abs. 7 Satz 2, 2c Abs. 1 und 2 BEEG *Breith. 2018, 933*

Rechtsanwaltsvergütungsgesetz

§ 33 RVG s. §§ 141, 142, 197 SGG *Breith. 2018, 784*

§§ 55, 59 RVG s. §§ 193, 197 SGG *Breith. 2018, 71*

Gerichtskostengesetz

§ 5 Abs. 2 GKG s. § 109 Abs. 1 Satz 2 SGG *Breith. 2018, 965*

§§ 22 Abs. 1 Satz 1, 29 Nr. 1, 66 GKG

Zur Feststellung von Gerichtskosten.

Bay. LSG, Beschl. v. 2. 5. 2018 – L 12 SF 71/17 E – *Breith. 2018, 884*

Handwerksordnung

§§ 88 und 89 HwO s. §§ 7 Abs. 1, 14 Abs. 1,
28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV *Breith. 2018, 556*

Insolvenzordnung

§ 35 Abs. 2 Satz 1 InsO s. § 165 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III *Breith. 2018, 137*

Versicherungsvertragsgesetz

§ 205 VVG s. §§ 195, 199, 204 BGB *Breith. 2018, 161*

§ 205 Abs. 2 VVG s. §§ 23 Abs. 6 Nr. 2, 25 Abs. 1, 27 Satz 2,
33 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6, Abs. 3 SGB XI *Breith. 2018, 793*

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art. 1, Art. 2 Abs. 1, Art. 103 Abs. 1 GG s. §§ 62 Halbs. 1, 107,
122, 128 Abs. 2, 160 Abs. 2 Nr. 3, 160a Abs. 2 und 5, 165 SGG *Breith. 2018, 517*

Art. 1 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 und 3 GG
s. §§ 1 Abs. 1 Nr. 4, 1a Nr. 2, § 3 AsylbLG *Breith. 2018, 662*

Art. 2, Art. 3 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1, Art. 11 Abs. 1 und 2,
Art. 14 Abs. 1, Art. 20 Abs. 3 GG s. §§ 254b und d,
255a SGB VI *Breith. 2018, 105*

Art. 2 Abs. 1 GG s. §§ 37 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3,
144 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SGB III *Breith. 2018, 63*

Art. 2 Abs. 1 GG s. §§ 226 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3,
229 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V *Breith. 2018, 11*

Art. 2 Abs. 2 GG s. § 2 Abs. 1a SGB V *Breith. 2018, 617*

Art. 2 Abs. 2 Satz 1, Art. 3 Abs. 1 GG
s. §§ 27 Abs. 1 Sätze 1 und 2 Nr. 1, 34 Sätze 7 und 8 SGB V *Breith. 2018, 1*

Art. 3 Abs. 1 GG s. §§ 2 Abs. 7 Satz 2, 2c Abs. 1 und 2 BEEG *Breith. 2018, 933*

- Art. 3 Abs. 1 GG** s. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII *Breith. 2018, 549*
- Art. 3 Abs. 1 GG** s. § 15 Abs. 1 SGB IV *Breith. 2018, 700*
- Art. 3 Abs. 1 GG** s. § 30 Abs. 1 und 2 SGB I *Breith. 2018, 675*
- Art. 3 Abs. 1 GG** s. §§ 34 Abs. 4, 75 Abs. 4 Halbs. 1 und 2, 77 Abs. 2 und 3, 187a Abs. 1 Satz 1 SGB VI *Breith. 2018, 475*
- Art. 3 Abs. 1 GG** s. §§ 82 Abs. 1, 87 Abs. 1 und 2, 98 Abs. 2 Nr. 11 SGB V *Breith. 2018, 179*
- Art. 3 Abs. 1 GG** s. § 240 Abs. 1 und 2 SGB V *Breith. 2018, 438*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG** s. § 48 Abs. 4 SGB VI *Breith. 2018, 200*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG** s. § 56 Abs. 3 Nr. 2 SGB I *Breith. 2018, 521*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG** s. §§ 157, 161 Abs. 1, 162 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2018, 484*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 GG** s. §§ 92 Abs. 1 Satz 2, 124 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, 125 Abs. 1 Satz 1 und 4 Nr. 2, 138 SGB V *Breith. 2018, 165*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1, Art. 20 Abs. 3, Art. 72 Abs. 1, Art. 74 Abs. 1 Nr. 12, Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG** s. §§ 9 Satz 2 und 3, 82 Abs. 2 bis 4 SGB XI *Breith. 2018, 809*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 14 GG** s. §§ 5, 6, 7 Abs. 1 und 2, 210 Abs. 1 SGB VI *Breith. 2018, 745*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 19 Abs. 4 GG** s. § 31 Satz 1 SGB X *Breith. 2018, 345*
- Art. 12 Abs. 1 GG** s. §§ 35 Abs. 1 und 2, 37 Abs. 1 SGB III *Breith. 2018, 688*
- Art. 19 Abs. 4 GG** s. § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II *Breith. 2018, 157*
- Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG** s. §§ 118 Abs. 1 Satz 1, 160 Abs. 2, 160a Abs. 2 Satz 3, 170 Abs. 2 und 5, 202 Satz 1 SGG *Breith. 2018, 243*
- Art. 19 Abs. 4 Satz 1, Art. 103 Abs. 1 GG** s. §§ 62, 102 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 1, 103, 106, 106a SGG *Breith. 2018, 74*
- Art. 20 GG** s. §§ 2 Abs. 1 und 1a, 12 Abs. 1, 23 Abs. 3, 27 Abs. 1 Satz 1, 33 Abs. 1, 87 Abs. 3e, 91 Abs. 6, 92 Abs. 1 und 7d, 135 Abs. 1 Satz 1, 137h Abs. 1 und 2, 139 Abs. 1 SGB V *Breith. 2018, 534*

Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Art. 21 Abs. 1 VO (EG) Nr. 883/2004 s. §§ 16, 46 SGB V

Breith. 2018, 7

Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Art. 27 Abs. 1 VO (EG) Nr. 987/2009 s. §§ 16, 46 SGB V

Breith. 2018, 7

Entscheidungen

(nach Gericht und Verkündungsdatum)

Bundesverfassungsgericht

1. 8. 2017	1 BvR1910/12	157
10. 10. 2017	1 BvR617/14	412

Bundessozialgericht

25. 1. 2017	B 6 KA 11/16 R	91
25. 1. 2017	B 6 KA 2/16 R	179
25. 1. 2017	B 6 KA 7/16 R	264
15. 3. 2017	B 6 KA 22/16 R	360
16. 3. 2017	B 3 KR 24/15 R	165
23. 3. 2017	B 5 RE 1/17 B	37
28. 3. 2017	B 1 KR 3/16 R	85
4. 4. 2017	B 4 AS 2/16 R	74
4. 4. 2017	B 11 AL 19/16 R	63
4. 4. 2017	B 11 AL 5/16 R	233
12. 4. 2017	B 13 R 12/15 R	105
12. 4. 2017	B 13 R 14/16 R	30
10. 5. 2017	B 6 KA 15/16 R	454
11. 5. 2017	B 3 KR 6/16 R	534
12. 5. 2017	B 7 AY 1/16 R	662
12. 5. 2017	B 8 SO 14/16 R	41
23. 5. 2017	B 12 KR 2/15 R	16
23. 5. 2017	B 12 KR 9/16 R	257
1. 6. 2017	B 5 R 2/16 R	200
9. 6. 2017	B 11 AL 13/16 R	144
9. 6. 2017	B 11 AL 14/16 R	137
27. 6. 2017	B 2 U 13/15 R	469
27. 6. 2017	B 2 U 14/15 R	379
27. 6. 2017	B 2 U 17/15 R	188
11. 7. 2017	B 1 KR 26/16 R	445
11. 7. 2017	B 1 KR 30/16 R	249
13. 7. 2017	B 8 SO 11/15 R	759
13. 7. 2017	B 8 SO 21/15 R	765
20. 7. 2017	B 12 KR 12/15 R	11
20. 7. 2017	B 12 KR 14/15 R	484
31. 7. 2017	B 1 KR 47/16 B	243
16. 8. 2017	B 12 KR 14/16 R	556
16. 8. 2017	B 12 KR 19/16 R	345
17. 8. 2017	B 1 KR 6/17 C	695
24. 8. 2017	B 11 AL 16/16 R	328
31. 8. 2017	B 2 U 11/16 R	549
31. 8. 2017	B 2 U 2/16 R	463
31. 8. 2017	B 2 U 74/17 B	517
31. 8. 2017	B 2 U 9/16 R	647
6. 9. 2017	B 13 R 139/16 B	197

6. 9. 2017	B 13 R 177/17 B	430
6. 9. 2017	B 13 R 20/14 R	386
6. 9. 2017	B 13 R 4/17 R	745
7. 9. 2017	B 10 ÜG 1/17 R	335
12. 9. 2017	B 11 AL 25/16 R	417
28. 9. 2017	B 3 KR 7/17 B	424
28. 9. 2017	B 3 KS 1/17 R	635
28. 9. 2017	B 3 KS 3/15 R	800
28. 9. 2017	B 3 P 4/15 R	809
10. 10. 2017	B 12 KR 16/16 R	438
11. 10. 2017	B 6 KA 27/16 R	903
11. 10. 2017	B 6 KA 38/16 R	629
12. 10. 2017	B 4 AS 34/16 R	510
12. 10. 2017	B 4 AS 37/16 R	959
12. 10. 2017	B 11 AL 17/16 R	682
12. 10. 2017	B 11 AL 24/16 R	688
26. 10. 2017	B 2 U 1/15 R	643
26. 10. 2017	B 2 U 6/16 R	820
7. 11. 2017	B 1 KR 2/17 R	620
29. 11. 2017	B 6 KA 41/16 R	525
30. 11. 2017	B 3 KR 11/16 R	892
30. 11. 2017	B 3 P 5/16 R	793
5. 12. 2017	B 12 KR 16/15 R	707
5. 12. 2017	B 12 P 1/16 R	521
5. 12. 2017	B 12 R 10/15 R	927
5. 12. 2017	B 12 R 6/15 R	837
7. 12. 2017	B 5 RE 10/16 R	827
7. 12. 2017	B 5 RS 1/16 R	736
7. 12. 2017	B 14 AS 7/17 R	788
12. 12. 2017	B 4 AS 33/16 R	952
12. 12. 2017	B 11 AL 21/16 R	675
13. 12. 2017	B 13 R 13/17 R	475
14. 12. 2017	B 10 EG 4/17 R	933
18. 1. 2018	B 12 KR 22/16 R	700
23. 1. 2018	B 2 U 3/16 R	719

Landessozialgerichte

Bay. LSG

22. 6. 2017	L 19 R 1005/13	299
19. 10. 2017	L 3 U 283/14	270
2. 5. 2018	L 12 SF 71/17 E	884

LSG Baden-Württemberg

25. 4. 2017	L 11 R 1911/16	306
8. 5. 2017	L 1 U 3909/16	286
15. 8. 2017	L 13 AL 1423/16	606
9. 11. 2017	L 6 VG 989/17	399
22. 11. 2017	L 1 U 1277/17	369
22. 11. 2017	L 1 U 1504/17	916

7. 12. 2017	L 6 VG 6/17	566
LSG Niedersachsen		
11. 12. 2017	L 11 AS 349/17	591
LSG Niedersachsen-Bremen		
23. 5. 2017	L 11 AS 35/17	230
11. 12. 2017	L 11 AS 1503/15	771
LSG Nordrhein-Westfalen		
22. 5. 2017	L 20 SO 604/16 B	71
21. 8. 2017	L 20 AL 147/16	56
16. 10. 2017	L 20 SO 384/15	150
19. 2. 2018	L 20 AY 4/18 B ER	495
7. 5. 2018	L 20 AL 211/15	867
28. 5. 2018	L 20 SO 431/17	878
LSG Rheinland-Pfalz		
18. 5. 2017	L 5 P 55/16	161
6. 7. 2017	L 5 KR 135/16	7
20. 7. 2017	L 5 KR 339/16	81
10. 8. 2017	L 5 KR 171/17 B ER	341
15. 2. 2018	L 5 KR 251/17	697
26. 2. 2018	L 5 KR 16/18 B ER	433
1. 3. 2018	L 5 KR 215/17	617
25. 4. 2018	L 5 KA 17/18 B	784
LSG Sachsen-Anhalt		
3. 11. 2016	L 7 SB 21/15	221
17. 1. 2017	L 7 VE 5/16	129
19. 1. 2017	L 6 U 16/13	23
22. 3. 2017	L 7 VE 12/12	49
23. 3. 2017	L 6 KR 24/16	711
17. 5. 2017	L 7 SB 2/16	120
23. 5. 2017	L 7 VE 8/15 B	211
24. 7. 2017	L 8 SO 26/17 B ER	505
30. 8. 2017	L 7 VE 10/15	317
30. 8. 2017	L 7 VE 6/16	581
21. 9. 2017	L 6 U 85/14	728
26. 10. 2017	L 2 EG 2/14	946
30. 11. 2017	L 3 R 399/17 B	614
21. 12. 2017	L 7 SB 100/17 B	693
11. 1. 2018	L 3 RS 1/15	657
22. 2. 2018	L 7 VE 7/13	862
25. 4. 2018	L 7 VE 6/15	845
4. 7. 2018	L 7 SB 17/18	965
LSG Schleswig-Holstein		
10. 5. 2017	L 8 U 28/14	99
29. 6. 2017	L 5 KR 20/15	355
7. 9. 2017	L 5 KR 62/15	1
13. 11. 2017	L 5 KR 133/17 B ER	241

30. 11. 2017	L 5 KR 156/15 B ER	612
23. 2. 2018	L 5 KR 20/18 B ER	514
24. 5. 2018	L 5 BA 16/18	652
31. 5. 2018	L 5 KR 93/18 B ER	889

Sachregister

(alphabetisch nach Stichworten und Deskriptoren)

A

Abweichung 243
Alkoholembryopathie 317
Altersrente 105, 417, 475, 682, 788
Altersteilzeitvereinbarung 682
Altersversorgung 657
Altersversorgung der technischen Intelligenz 736
Ambulante Operation 525
Analoge Anwendung 771
Anfechtung 620
Anfechtungsklage 37, 345
Anfrageverfahren 837
Angemessenheit der Kosten von Unterkunft und Heizung 412
Angemessenheitsprüfung 952
Anschlussrechtsmittel 241
Anspruch 41
Anspruch auf Sozialleistungen 412
Anspruch Waisenrente 200
Anspruchseinschränkung 662
Anstellungsgenehmigung 629
Anwaltliche Tätigkeit 784
Anwaltskosten 71
Anwaltsvergütung 71
Arbeitgeberleistungen 11
Arbeitnehmerüberlassung 306
Arbeitseinkommen 867
Arbeitskollegen 916
Arbeitslosengeld 682, 867
Arbeitslosengeld I 30
Arbeitslosengeld II 30, 230, 952
Arbeitslosengeldanspruch 63, 233, 328
Arbeitslosigkeit 144
Arbeitsunfähigkeitsversicherung 889
Arbeitsunfall 286, 369, 647, 820, 916
Arbeitsverhältnis 56
Arbeitsvermittlung 688
Arbeitsweg 916
Arzt 629
Arztanstellung 903
Ärztammer 800
Asylbewerberleistung 662

Atypische Bedarfslage 771
Aufgabegewinn 700
Aufhebungsvertrag 56
Aufschiebende Wirkung 612
Aufwandsentschädigung 556
Aufwandspauschale 697
Ausbildungsunterbrechung 200
Aushilfe 707
Ausnahmevereinbarung 345
Außendienst 827
Auszahlungsanspruch 510

B

Bademeister 165
BAföG 495
Bauunternehmen 643
Bedarfsgemeinschaft 230, 959
Bedarfsunterdeckung 591
Beendigungszeitpunkt 56
Befristete Beschäftigung 707
Behandlungskosten 469
Behindertenbedingte Zusatzausstattung 197
Beitragsbemessung 700
Beitragsentlastung 484
Beitragsersatzung 745
Beitragsforderung 16
Beitragshaftung 643
Beitragsnachforderung 707
Beitragspflicht 11, 438
Beitragsschuldner 16
Beitragszahlung 521
Berufliche Betroffenheit 211
Berufsausübung 827
Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege 270
Berufskrankheit 23, 99
Berufungsverfahren 878
Beschädigtengrundrente 399
Beschädigtenrente 129
Beschädigtenversorgung 211, 862
Beschwerde 693
Bestattungskosten 505
Betreibensaufforderung 74, 878

- Betreuung 150
Betreuungsaufwand 484
Betriebliche Krankenversicherung 286
Betriebseinnahmen 867
Betriebsprüfung 927
Betriebsstilllegung 328
Bewertung 399
Blockmodell 417
Borrelieninfektion 188
Brückensymptome 129, 399
Bundesmantelvertragliche Bestimmungen 91
Businessplan 606
- C**
Cannabishaltiges Arzneimittel 433
- D**
Delegierungsvertrag 657
Diabetes 120
Dialysezweigpraxis 360
Dienstleistungsbetrieb 606
Doppelfunktion 270
Drittanfechtung 360
Dronabinol 433
Druckluftkammer 711
- E**
Ehrenamt 556
Ehrenamtliche Tätigkeit 800
Ehrenamtlicher Richter 430
Eigenbemühen 63
Einäugigkeit 617
Eingliederungsvereinbarung 63, 233
Einkommensteuerrecht 700
Einzugsermächtigung 16
Eistänzer 635
Elterngeld 933, 946
Elterngeldverfahren 933
Elternzeit 200
Endkunde 306
Entgeltgrenze 927
Entgeltpunkte 105
Entschädigungsklage 335
Erbschaft 505
Ermächtigung 91
Ermessen 614
Erstattung 257
Erstattungsanspruch 386
- Erziehungsaufwand 484
Escape-Klausel 946
EU-Ausland 7
Evidente Bedarfsunterdeckung 771
Existenzgründung 606
- F**
Fahrradunfall 728
Familienversicherung 793
Fehlende Verordnung 433
Feststellung von Arbeitsunfähigkeit 7
Feststellungsklage 37
Folgeschaden 317, 566
Forstwirtschaftliche Unternehmen 188
Fortbewegungsmittel 463
Freibetrag 867
Freiwillige Nachversicherung 299
Freiwillige Unterstützungsleistungen privater Dritter 771
Freiwilliges Mitglied 16
Fremdrentenzeit 105
Fristsetzung 693
- G**
GdB 221
Gegenstandswert 784
Gegenvorstellung 695
Gemeinnütziger/mildtätiger Zweckbetrieb 270
Gemeinschaftsveranstaltung 286
Genehmigungsfiktion 81, 445
Gerichtskostenfeststellung 884
Gesamtbehinderungsgrad 221
Gesamtsozialversicherungsbeiträge 257
Geschäftsführer 355
Gesetzliche Unfallversicherung 188
Gesundheitsstörung 211
Gewaltbegriff 49
Gewerbeanmeldung 144
Gleichbehandlungsgebot 179
Grenzgänger 675
Grenzwert 643
Grundsicherung 788
Gründungsvorhaben 606
Gründungszuschuss 144
- H**
Handlungstendenz 463, 549
Hauptrechtsmittel 241

Heilmittelerbringer 165
 Heizung 952
 Hemmung 161
 Höchstwert 759
 Honorar 635
 Hörgeräteversorgung 424

I

Identitätsfeststellung 662
 Impfstoffe 264
 Inaugenscheinnahme 517
 Innovative Therapie 534
 Insolvenzgeldanspruch 137
 Insolvenzmasse 903
 Insolvenzverfahren 137
 Insolvenzverwalter 903
 Integrationsunternehmen 270
 Investitionsaufwendung 809

J

Jahresarbeitsverdienst 99

K

Kapitalgesellschaft 736
 KFZ 946
 Kfz-Hilfe 197
 Kinderlos 521
 Klageänderung 514
 Klagerücknahme 878
 Klagerücknahmefiktion 74
 Klärungsfähigkeit Rechtsfrage 243
 Kniegelenkverletzung 581
 Konflikt 916
 Kopforthesenbehandlung 534
 Körperliche Integrität 862
 Körperschaden 23
 Körperverletzung 369
 Kostenerstattung 620
 Kostenfestsetzungsbeschluss 784
 Kostenfreistellungsregelung 892
 Krankengeld 889
 Krankenhaus 697
 Krankenhausabrechnung 85
 Krankenhausaufenthalt 85
 Krankenkasse 85, 697
 Krankenversicherung 11, 16, 165
 Künstler 635
 Künstlersozialversicherung 800
 Künstlervermittlung 688

L

Laufender Arbeitslohn 933
 Lebensführung 120
 Lebensmittelgutschein 510
 Lebenssachverhalt 49
 Legitimation GBA 534
 Leistungen 959
 Leistungsantrag 81, 379
 Leistungsausschuss 495
 Leistungsbeschaffung 197
 Leistungsgewährung 157, 793
 Leistungsmonat 867
 Lernmittelfreiheit 591, 771
 Lohnsteueranmeldung 933
 Lohnverzicht 328

M

Mahnbescheid 161
 Masseur 165
 Materielle Rechtskraft 784
 Medikament zur Nikotinentwöhnung 1
 Mehrbedarf 771
 Menschenwürdiges Existenzminimum 412
 Minderung der Erwerbsfähigkeit 23
 Museum 657

N

Nachlasswerte 505
 Nachschaden 566
 Nachweispflicht 63, 233
 Naturlleistungsanspruch 445
 Nebenbetriebsstätte 360
 Nebeneinkommen 867
 Nichteheliche Lebensgemeinschaft 521
 Nichtzulassungsbeschwerde 424, 430, 517
 Notarwalt 695
 Notlage 612

O

Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch 697
 Ordnungsgeld 614, 693
 Orthese 581

P

Persönlichkeitsstörung 845
 Pflegebedarf 41

Pflegeeinrichtung 809
 Pflegekraft 652
 Pflegeleistungen 892
 Pflegeversicherung 249
 Private Pflegeversicherung 161
 Privatnutzung 946
 Privatwohnung 647
 Prozessfähigkeit 150
 Prozesskostenhilfe 241, 335
 Prüfständigkeit 264

R

Raucherentwöhnungstherapie 1
 Räumungsklage 157
 Rechtsanwaltsvergütung 784
 Rechtsschutzversicherung 345
 Rechtsschutz 495, 514, 889
 Rechtsschutzgarantie 74
 Rechtsschutzgleichheit 335
 Rechtsschutzverfahren 157
 Refinanzierung 809
 Regelaltersgrenze 745
 Regelaltersrente 475
 Regelbedarf 771, 959
 Regressanspruch 475
 Renteneintritt 11
 Rentenversicherung 30
 Risiko 837
 Rückforderung 697
 Rücknahme 620

S

Sachverständigengutachten 614, 845
 Sanktion 510
 Schadensregress 454
 Schädigungsfolge 845
 Schiedsstelle 759, 765
 Schulausbildung 299
 Schulbedarfspauschale 591, 771
 Schulbücher 771
 Schüler 728
 Schulmaterialien 771
 Schulweg 728
 Schutzbereich 862
 Sehminderung 617
 Sehverlust 617
 Selbstständigkeit 137, 144, 257, 647, 652
 Sofortrente 438
 Sozialgerichtliches Verfahren 71

Sozialversicherungspflicht 927
 Sperrzeit 63, 417, 682
 Sprachbehinderung 424
 Staatskasse 71
 Stalking 49
 Standortverlegung 629
 Statusfeststellung 652
 Statusfeststellungsverfahren 37
 Stichtag 30. 6. 1990 736
 Stimmrechtsvereinbarung 355
 Stoffwechsellage 120
 Straftäter 566
 Straßenbelag 719
 Streitgegenstand 37
 Systemversagen 711

T

Tanzsportler 635
 Tätlicher Angriff 49
 Tatsachenfeststellung 243
 Taxiunternehmer 257
 Teilhabe Arbeitsleben 386
 Terminservicestelle 341
 Territorialitätsprinzip 675, 771
 Therapeutensuche 341
 Tierarzt 827

U

Übergangsgeld 30, 386
 Übergangsrecht 820
 Überleitungsvertrag 657
 Überprüfungsrecht 85
 Überprüfungsverfahren 99
 Überraschungsentscheidung 517
 Umstandsmoment 965
 Unbillige Härte 612
 unbudgetierte Vergütung 525
 Unfallversicherung 820
 Unfallversicherungsträger 270
 Ungleichbehandlung 549
 Unterbrechung 719
 Unterkunft 952
 Unterstützungsleistungen 892

V

VEB – Privatisierung und Spaltung 736
 Verdachtsdiagnose 129
 Vereindigung 430
 Verfassungskonforme Auslegung 771

Verfassungsmäßigkeit 438, 484
Vergleichbarkeit 788
Vergütungsvereinbarung 765
Verhaltenstherapie 1
Verleiher 306
Verletztenrente 23, 379
Vermittler 306
Vermittlungstätigkeit 688
Vermögen 230
Verschlimmerung 23
Versicherung 369
Versicherungspflicht 355, 837
Versicherungsverlauf 299
Versorgungsbezüge 11
Versorgungsqualität 221
Vertragsarzt 341, 525
Vertragsärztliche Versorgung 91, 179
Vertreter 150
Verwaltungsaufgaben 556
Verwirkung 697, 965
Verzugszinsenanspruch 469
Vollmachtserteilung 81
Vollstreckungstitel 445
Vorbereitungshandlung 719
Vortäuschung 257

Vorverfahren 784
Vorversicherungszeit 793

W

Wartezeit 745
Wegeunfall 463, 549, 719, 728
Wegfall Rechtsschutzinteresse 74
Wehrdienstbeschädigung 581
Weiterbildungserfordernis 165
Wirtschaftlichkeit 759
Wirtschaftlichkeitsprüfung 264
Wohngruppenzuschlag 41
Wohnortstaat 675
Wundheilungsstörung 711

Z

Zahnbelag 249
Zahnprothetische Behandlung 454
Zahnreinigung 249
Zeitmoment 965
Zinsanspruch 379, 469
Zugangsfaktor 475
Zumutbarkeit 454
Zusatzpauschalen 179
Zuständigkeitsregelung 765

Abkürzungen

AAG	Aufwendungsausgleichsgesetz
a.a.O.	am angegebenen Ort
AAÜG	Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEVO	Arbeitserlaubnisverordnung
a.F.	alte Fassung
AFG	Arbeitsförderungsgesetz (siehe SGB III)
AGB	Arbeitsgesetzbuch der DDR
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AKG	Allgemeines Kriegsfolgendesetz
ALG	Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte
Alg	Arbeitslosengeld
Alg II-V	Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung
AlhiV	Arbeitslosenhilfeverordnung
AltTZG	Altersteilzeitgesetz
AMG	Arzneimittelgesetz
AMPreisV	Arzneimittelpreisverordnung
ÄndG	Änderungsgesetz
AN	Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes
ANBA	Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit
AnhP	Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit
Anm.	Anmerkung
AnpG	Anpassungsgesetz
AntiDHG	Anti-D-Hilfegesetz
AnVNG	Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz
AO	Abgabenordnung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
ApBetrO	Apothekenbetriebsordnung
ApoG	Gesetz über das Apothekenwesen
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
ArV	Arbeiterrentenversicherung (siehe SGB VI)
ArVNG	Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz
Ärzte-ZV	Ärzte-Zulassungsverordnung
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AusglV	Ausgleichsrentenverordnung
AVAVG	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
AV	Angestelltenversicherung
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz (siehe SGB VI)
Az.	Aktenzeichen
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz

BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des BAG (amtliche Sammlung; Band/S.)
BAK	Blutalkoholkonzentration
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BeitrZV	Beitragszahlungsverordnung
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Bek.	Bekanntmachung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
ber.	berichtigt
BGBI.	Bundesgesetzblatt (Teil I, Teil II, Teil III)
BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Beschl.	Beschluss
BErzGG	Bundeserziehungsgeldgesetz
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BG	Berufsgenossenschaft
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen (amtliche Sammlung; Band/S.)
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BK	Berufskrankheit
BKK	Betriebskrankenkasse
BKV	Berufskrankheitenverordnung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMV-Ä	Bundesmantelvertrag Ärzte
BMV-Z	Bundesmantelvertrag Zahnärzte
BPfIV	Bundespflegesatzverordnung
br	Behindertenrecht (Zeitschrift)
BR	Bundesrat
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Breith.	Breithaupt, Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht (Zeitschrift)
BSchA/BSA	Berufsschadensausgleich
BSeuchG	Bundesseuchengesetz (siehe IfSG)
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des BSG (amtliche Sammlung; Band/S.)
BSHG	Bundessozialhilfegesetz (siehe SGB XII)
BT	Bundestag
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVBl./BARBl.	Bundesversorgungsblatt/Bundesarbeitsblatt (Heft-Nr./Jahr/S.)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des BVerfG (amtliche Sammlung; Band/S.)
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz

BVG	Bundesversorgungsgesetz
d.h.	das heißt
DISVA	Deutsch-israelisches Sozialversicherungsabkommen
Drs./Drucks.	Drucksache
DRV	Deutsche Rentenversicherung
DV/DVO	Durchführungsverordnung
EBM-Ä	Einheitlicher Bewertungsmaßstab für vertragsärztliche Leistungen
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EKK	Ersatzkrankenkasse
EKV-Ä	Ersatzkassenvertrag – Ärzte
EKV-Z	Ersatzkassenvertrag – Zahnärzte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
erk.	erkennend(er)
ErwZulG	Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadensersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen
EStG	Einkommensteuergesetz
EuM	Entscheidungen und Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FELEG	Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbsfähigkeit
FEVS	Fürsorgerechtl. Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte (Zeitschrift; Band/S.)
FRG	Fremdrentengesetz
GAL	Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte
GBA	Gemeinsamer Bundesausschuss
Gbl.	Gesetzblatt
GdB	Grad der Behinderung
GdS	Grad der Schädigungsfolgen
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GKG	Gerichtskostengesetz
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte
GRG	Gesundheitsreformgesetz
GOZ	Gebührenordnung für Zahnärzte
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HGB	Handelsgesetzbuch
HHG	Häftlingshilfegesetz
HkG	Heimkehrergesetz
HStruktG	Haushaltsstrukturgesetz
HwO	Gesetz zur Ordnung des Handwerks – Handwerksordnung
HwVG	Handwerkerversicherungsgesetz
IfSG	Infektionsschutzgesetz
i.d.F.	in der Fassung
info also	Informationen zum Arbeitslosen- und Sozialhilferecht (Zeitschrift)
InsO	Insolvenzordnung

IQWiG	Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
JAV	Jahresarbeitsverdienst
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JVEG	Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz
Kaug	Konkursausfallgeld
KFürsV	Kriegsopferfürsorge-Verordnung
KfzHV	Verordnung über Kraftfahrzeughilfe zur beruflichen Rehabilitation
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KK	Krankenkasse
KO	Konkursordnung
KOF	Kriegsopferfürsorge
KOV	Kriegsopferversorgung
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KSVG	Künstlersozialversicherungsgesetz
KVÄG	Krankenversicherungsänderungsgesetz
KV	Krankenversicherung
KVdR	Krankenversicherung der Rentner (siehe SGB VI)
KVLG	Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte
LAG	Lastenausgleichsgesetz
LAK	Landwirtschaftliche Alterskasse
LFZG	Lohnfortzahlungsgesetz
LKK	Landwirtschaftliche Krankenkasse
LSG	Landessozialgericht
LVA	Landesversicherungsanstalt
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
MPG	Medizinproduktegesetz
MuSchG	Mutterschutzgesetz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom
Nds.	Niedersachsen
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NOG	Neuordnungsgesetz
Nr(n).	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OEG	Opferentschädigungsgesetz
OrthV	Orthopädieverordnung
OVA	Obersversicherungsamt
PflegeVG	Pflege-Versicherungsgesetz

PsychThG	Psychotherapeutengesetz
RAG	Rentenanpassungsgesetz
RAM	Reichsarbeitsminister/ium
RAV	Rentenanpassungsverordnung
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RdNr.	Randnummer
RehaAnglG	Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation (siehe SGB IX)
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RKG	Reichsknappschaftsgesetz
RRG	Rentenreformgesetz
RSAV	Risikostukturausgleichsverordnung
RSV	Regelsatzverordnung
RückHG	Rückkehrhilfegesetz
RÜG	Renten-Überleitungsgesetz
RV	Rentenversicherung
RVA	Reichsversicherungsamt
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
RVO	Reichsversicherungsordnung
S.	Seite
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
SchwABV	Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz (siehe SGB IX)
SG	Sozialgericht
Sgb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SGB	Sozialgesetzbuch (I Allgemeiner Teil, II Grundsicherung für Arbeitsuchende, III Arbeitsförderung, IV Gemeinsame Vor- schriften für die Sozialversicherung, V Gesetzliche Kranken- versicherung, VI Gesetzliche Rentenversicherung, VII Gesetz- liche Unfallversicherung, VIII Kinder- und Jugendhilfe, IX Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderun- gen, X Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz, XI Soziale Pflegeversicherung, XII Sozialhilfe)
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SozR	Sozialrecht (Entscheidungen des BSG; Loseblattwerk)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrRehaG	Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
StVG	Straßenverkehrsgesetz
SV	Sozialversicherung
SvEV	Sozialversicherungsentgeltverordnung
SVG	Soldatenversorgungsgesetz
SVwG	Selbstverwaltungsgesetz
TPG	Transplantationsgesetz
TWZ	Thannheiser/Wende/Zech, Handbuch des Bundesversorgungs- rechts (Vorschriften mit Hinweisen und BSG-Leitsatzsam- mlung zu Sozialer Entschädigung und Rehabilitation; Loseblatt- werk)
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter (Zeitschrift)

u.a.	unter anderem
Urt.	Urteil
USK	Urteilssammlung für die gesetzliche Krankenversicherung
UV	Unfallversicherung
UVNG	Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VAHRG	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich
VBlBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
VersMedV	Versorgungsmedizin-Verordnung
vgl.	vergleiche
VO/V	Verordnung
VuVO	Versicherungsunterlagen-Verordnung
VV	Verwaltungsvorschrift
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwRehaG	Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WDB	Wehrdienstbeschädigung
WFVG	Wehrmachtsfürsorge- und Versorgungsgesetz
WGSVG	Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung
Zahnärzte-ZV	Zahnärzte-Zulassungsverordnung
z.B.	zum Beispiel
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen
ZfS	Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung (Zeitschrift für das Recht der Sozialen Sicherheit)
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
ZDG	Zivildienstgesetz
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRBG	Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigung in einem Ghetto
ZSEG	Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen